Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 7. Juli 1925 | 5. Jahrgang • Nr. 142

ADGB.-Bezirksausschuß zum Zollkampf

Wo bleibt die klare Antwort auf die konkreten Vorschläge der KPD.?

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Ein neuer Schlag gegen Eure Lebenshaltung droht! Zu dem Lohndruck, dem Steuerdruck soll nach dem Willen der bürgerlichen Parteien und der Regierung Luther-Schiele-Schlieben noch hinzutreten der

Brotwucher!

Weitere Not, vermehrter Hunger, noch größeres Elend wird durch die geplanten Zölle der besitzlosen deutschen Bevölkerung aufgezwungen!

Setzt Euch zur Wehr! Protestiert mit aller Entschiedenheit und besucht

die Protestkundgebungen

welche von den örtlichen Organisationen in den nächsten Tagen veranstaltet werden. Die neue

Zollvorlage

die gegenwärtig im Reichstag zur Beratung steht, soll nach dem Willen der Reichsregierung und der Rechtsparteien durchgepeitscht und noch vor dem Beginn der Parlamentsferien verabschiedet werden. Euer Fell soll zu Markte getragen werden als

Liebesgabe für Schwerindustrie und Großgrundbesitz.

Neue Lasten will man auf Euch abwälzen! Euch sollen bei dem ungeheuren Lohndruck, unter dem Ihr ohnehin schon leidet, noch neue schwere Steuern in Form von Zöllen auf Brot und die zum Leben unentbehrlichen Bedarfsartikel aufgebürdet werden. Die von der Regierung im Auftrage der Großindustrie und des Großgrundbesitzes vorbereiteten Hochschutzzölle kommen einem allgemeinen Lohnabbau gleich, den Ihr selbst durch schwere Lohnkämpfe nicht ausgleichen könnt.

Angestellte, Arbeiter und Beamte!

Gegen diese neue Belastung, die Eure Lebensbedingungen noch tiefer herunterdrücken, müßt Ihr Euch mit allen zur Verfügung stehenden Kräften

zur Wehr setzen,

bevor es zu spät ist.

Wir rufen Euch auf, alle Abwehrmaßnahmen zu unterstützen, die Protestversammlungen zu besuchen, und Euch bereitzuhalten, die **vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstage** von den Spitzenorganisationen organisierten **besonderen** Protestkundgebungen zu unterstützen.

Auf zum Protest! Erscheint in Massen!

Der Bezirksausschuß Sachsen-Anhalt des ADGB.
F. Wernicke.

*

Das Bezirkskartell des ADGB. außert sich zu dieser lebenswichtigen Frage der Arbeiterschaft sehr spät. Im Bereich des Bezirkskartells haben eine ganze Anzahl von Ortsausschüssen des ADGB. die Initiative ergriffen und von sich aus die Massen mobilisiert gegen den großagrarischen Zollwucher. Die Ortsausschüsse Torgau, Weißenfels, Wittenberg und eine große Anzahl von Verwaltungsstellen der einzelnen Verbände haben sich mit großer Mehrheit für das Aktionsprogramm der KPD. vom 19. Juni erklärt. Die oppositionellen Gewerkschafter waren auch in dieser für das Proletariat lebenswichtigen Frage die Aktivsten. Die Gewerkschaftsgenossen im Bezirk Halle-Magdeburg müssen verlangen, daß der Bezirksausschuß **zu den konkreten Vorschlägen der KPD. offen Stellung nimmt.** Wie steht das Bezirkskartell des ADGB. Halle zu den Forderungen, Massendemonstrationen zu organisieren, den Volksentscheid gegen die Zollgesetze zu propagieren?

Was dann, wenn die reaktionäre Luther-Regierung ihre Gewaltmittel gegen die Arbeiterschaft einsetzt? Ist dann das Bezirkskartell bereit, **das schärfste gewerkschaftliche Mittel, den Demonstrationsstreik, gegen den Zollwucher** in Verbindung mit den anderen proletarischen Forderungen, wie Achtstundentag, Amnestie, Aufhebung der Lohn- und Mietsteuer, Entwaffnung der monarchistischen Reaktion zu organisieren? Ist das Bezirkskartell bereit, den ADGB.-Vorstand aufzufordern, diesmal nicht feige zu kneifen, sondern die Massen zum Widerstand gegen die unerträglichen Knebelungen aufzurufen?

Gewerkschafter im Bezirk Halle-Merseburg, leistet dem Ruf des Bezirkskartells „Heraus zum Protest gegen den Zollwucher" in Massen Folge.

Darüber hinaus verlangt aber klare Antwort. Die Protestkundgebungen müssen der Auftakt sein, die Millionen Proletarier zu sammeln.

Erkennt die Notwendigkeit der geschlossenen Abwehr, der reaktionären Anschläge auf das Proletariat!

Leipzig — Sofia — Moskau

Halle, den 7. Juli.

Als in **Leipzig** drei Arbeiter zum Tode verurteilt wurden, darunter der russische Staatsangehörige Stobelewsky, dem man keineswegs bewiesen hatte, daß er persönlich an Terrorakten in Deutschland beteiligt gewesen ist, da war es nur die kommunistische Presse, die gegen diese Ungeheuerlichkeit protestierte. Keine sozialdemokratische Zeitung war da, die wirklich grundsätzlich die Schandjustiz des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik geeißelt hätte. Kein sozialdemokratischer Redakteur wies darauf hin, daß dieser selbe Staatsgerichtshof, der gegen Arbeiter Todesurteile fällte, noch nie Mörder von Rechts fest angepackt hatte. So konnten es sich auch die Richter in Leipzig leisten, kurze Zeit später die beiden am Mord von Rathenau beteiligten Küchenmeister und Brandt, entweder freizusprechen oder mit einer lächerlich geringen Strafe zu belegen. Wiederum war alles ruhig im deutschen Blätterwald. Mit Ausnahme ganz weniger SPD.-Zeitungen, die allenfalls fünf bis zehn Zeilen gedämpfter Entrüstung über die famose Behandlung der Rathenau-Mordgehilfen brachten, fand man die fast völlige Straflosigkeit der Rathenau-Mordbanditen in Ordnung.

Seit einigen Wochen meldet der Telegraph fast täglich neue Todesurteile aus **Sofia.** Der bürgerliche Professor Zankoff hat ein Regime des weißen Terrors eingerichtet, das in der Weltgeschichte einzig dasteht. Das Hängen, Auf-der-Flucht-erschießen, das Foltern in den Gefängnissen, ist eine ständige Einrichtung. Mit geradezu sadistischer Wollust bildeten die Zeitungen die Hinrichtungsszene ab, auf der das Erhängen der drei angeblichen Kirchenattentäter abgebildet war. Das fand man alles sehr schön in Ordnung. Wir haben wirklich noch nicht ein einziges Wort des Protestes gegen dieses ungeheuerliche Henkersystem in einer SPD.-Zeitung gelesen. Das wundert uns absolut nicht, haben ja die bulgarischen Sozialdemokraten von der zweiten Internationale ausdrücklich die Bestätigung erhalten, daß, wenn sie Zankoff unterstützt haben, sie einwandfrei „nach sozialistischen Grundsätzen" gehandelt hätten.

Nun passiert aber etwas, was in den Augen waschechter Sozialdemokraten ganz ungeheuer ist. Es kommt nämlich in **Moskau** zu einem Prozeß wegen deutscher Studenten, denen man einwandfrei nachgewiesen hat, daß sie Angehörige der bekannten Mordorganisation Consul gewesen sind und sich als solche nach Sowjet-Rußland eingeschlichen haben, um nicht nur in Rußland politisch zu spitzeln, sondern um auch die Gelegenheit zu Attentaten auf hervorragende Sowjet-Funktionäre wahrzunehmen.

Und nun vergleiche man den Entrüstungssturm der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse, der um die drei Bourgeoisiejünglinge gemacht wird, mit der behaglichen Ruhe, die bisher zu verzeichnen war nach den drei Todesurteilen von Leipzig und den täglichen Hinrichtungen in Bulgarien. Jetzt plötzlich entdecken die Herren sozialdemokratischen Redakteure im Bunde mit ihren Fraktionskollegen von der bürgerlichen Presse, daß es doch unmenschlich sei, Todesurteile zu fällen. Jetzt plötzlich werden dem pazifistischen Arsenal die wunderschönsten Phrasen von Menschlichkeit usw. entnommen. Wieder entdeckt die SPD.-Presse, daß die Todesstrafe in der „zivilisierten" Welt doch eigentlich nicht mehr gefällt werden solle. Diese Weisheit war den sozialdemokratischen Redakteuren, scheinbar unbekannt zu der Zeit, als Levines Todesurteil von dem Sozialdemokraten Hoffmann unterschrieben wurde, und als Ebert Todesurteile seiner Ausnahmegerichte bestätigte. Nur jetzt, wo in diesem schrecklichen Moskau **deutsche Faszisten entlarvt** wurden, wo die revolutionäre Gerichtsbarkeit mit ihrer ganzen Strenge gegen die Faszisten vorgeht, nur jetzt werden wieder schöne Worte über die Unverletzlichkeit des Lebens geschrieben.

Der Sinn der sozialdemokratischen Schweigsamkeit gegenüber dem Leipziger Todesurteil und dem Blutmeer in Bulgarien auf der einen Seite und dem hysterischen Geteisch gegen die Moskauer Blutjustiz auf der anderen Seite entlarvt besser als alles andere die wahre Gesinnung der sozialdemokratischen Führer.

Die Entrüstung über die Moskauer Todesurteile, der Versuch, sozialdemokratische Arbeiter an der Reise nach Sowjet-Rußland zu hindern, die allgemeine Sowjet-Rußland-Hetze im Zusammenhang mit den angeblich von Bolschewisten angezettelten Aufständen in China und Marokko, die englischen Vorbereitungen zur Intervention gegen Sowjet-Rußland und die Bestimmungen des Sicherheitspaktes in bezug auf das Durchmarschrecht einer Völkerbundsarmee durch Deutschland, natürlich nur gegen Sowjet-Rußland — **alles das liegt auf ein und derselben politischen Linie.** Alles das ist nur der Ausdruck dessen, daß die Bourgeoisie mit besonderer Hilfe der Sozialdemokraten aus jeder Blüte gegen Sowjet-Rußland Honig zu saugen versucht. Alles das ist nur der Beweis, daß man nach dem Wunsche des Weltimperialismus systematisch einen Ring um Sowjet-Rußland legt, um den revolutionären Staat der Arbeiter und Bauern zu erdrosseln.

Aus diesem Grunde werden klassenbewußte Arbeiter auf die sozialdemokratischen Krokodilstränen über die „harmlosen" Studenten nicht hereinfallen. Wer seine „Menschlichkeit" und seinen „Gerechtigkeitssinn" erproben will, der hat wahrhaftig genügend Gelegenheit **in Deutschland selbst,** dadurch, daß er kämpft **für die Befreiung der 7000 politischen Gefangenen.** Aber bekanntlich sind diese ehrlichen deutschen Arbeiter, die im Gefängnis sitzen, den

SPD.-Führer und Unternehmer in einer Front gegen die Rußland-Delegation sozialdemokratischer Arbeiter

Der Betriebsrat der Krughütte, der Kollege **Gajewsky, der der SPD. angehört,** war von den Arbeitern der Vollbetriebsversammlung der Mansfeld A.-G. und der Riebeck-Stinnes-Werke **zur Gewerkschaftsdelegation nach Rußland** gewählt worden. Gajewsky hatte diese Delegation angenommen. Die Arbeiter des betreffenden Betriebes hatten die Mittel bereitgestellt, damit der Gajewsky nach Rußland fahren konnte. Wenige Tage, nachdem dieser Beschluß gefaßt war, tagte **eine Unterbezirkskonferenz der SPD., die beschloß, daß der Genosse Gajewsky nicht nach Rußland zu fahren habe.** Dieser Beschluß wurde im „Volksblatt" mitgeteilt. Das hiesige SPD.-Blatt appellierte an die „Vernunft" und die „politische Einsicht" des Kollegen Gajewsky, daß er sich dem Beschluß der Unterbezirkskonferenz der SPD. fügen möge. Es muß festgestellt werden, daß dem Kollegen Gajewsky **die Aufforderung der Arbeiter seines Betriebes** nach Sowjet-Rußland zu fahren, um dann nach seiner Reise einen objektiven Bericht des Gehörten und Gesehenen dem Betrieb zu übermitteln, **wichtiger gewesen ist, als der Beschluß der Bonzen der SPD. des Unterbezirks Mansfeld.** Gajewsky hatte alle Versuche seiner Verbands- und Parteiorganisationen, von der Delegierung Abstand zu nehmen, **strikte abgelehnt.**

Inzwischen hat sich aber auch die Betriebsleitung der Krughütte mit der Rußland-Delegation Gajewskys befaßt. Das Werk Krughütte verweigerte den Urlaub. Nachdem der Betriebsrat gegen diesen Beschluß der Werksleitung verging, hat die Werksleitung **diese Angelegenheit** der Mansfeld A.-G. weitergegeben. **Das Resultat war, daß, falls Gajewsky fährt, sowohl das Arbeitsverhältnis gelöst, wie die Werkswohnung gekündigt wird.**

Der Kollege Gajewsky glaubte diesen konzentrischen Angriffen der Verbandsbureaukraten und der Parteiorganisation der SPD., zusammen mit den Angriffen der Betriebsleitungen der Krughütte und der Mansfeld A.-G., nicht mehr Widerstand leisten zu können. **Er ist den Angriffen der Ausbeuter und ihrer politischen Zuträger und Lakaien erlegen.** Kollege Gajewsky fährt nicht nach Rußland.

*

Dieser Vorgang ist außerordentlich bezeichnend und deckt besser als der beste politische Leitartikel die Zusammenhänge auf, die bestehen zwischen **den kapitalistischen Interessen und der Sowjet-Rußland-Hetze der SPD.** Die sozialdemokratischen Führer gehen hier in der holdesten Einmütigkeit vor mit den Ausbeutern, um ja nicht zuzulassen, daß **ein sozialdemokratischer Arbeiter sich persönlich in Rußland davon überzeugt, was dort wirklich vor sich gegangen ist und wie es jetzt dort aussieht.**

Der Erfolg der Sowjet-Rußland-Hetze ist aber nun sehr gering. Nicht nur haben die Arbeiter an Stelle des Kollegen Gajewsky bereits einen anderen Kollegen in die Rußland-Delegation gewählt, sondern es haben auch fast **alle größeren Betriebe in letzter Zeit zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter nach Rußland delegiert.** Wenn diese vielen sozialdemokratischen Arbeiter aus Rußland zurückkehren und ihre Erlebnisse und die Zustände in Sowjet-Rußland wahrheitsgemäß schildern werden, dann wird vollends die Antibolschewistenhetze der sozialdemokratischen Führer ins Wasser fallen, denn dann werden sich die aufgeweckteſten und politisch zielklarsten sozialdemokratischen Arbeiter **nicht mehr länger beschwindeln** lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0001

Sozialdemokraten nichts. **Sie hetzen sogar gegen die Unterschriftleistung auf den Amnestielisten.** Aber die Kindermann und Konsorten, das sind ihre Lieblinge!

Deutlicher kann nicht mehr gezeigt werden, daß das Geschrei um die in Moskau verurteilten deutschen OC.-Studenten nicht einmal ehrlich um der Befreiung dieser Faszisten willen erhoben wird, sondern nur die **allgemeine Kriegshetze gegen Sowjet-Rußland verstärken soll.**

Die OC.-Studenten, die Lieblinge der SPD.

Der Reichstag hat nichts zu sagen

Luther lehnt eine parlamentarische Stellungnahme vor der Absendung der Antwortnote ab

Berlin. Wie die „Berliner Volkszeitung" von angeblich gut unterrichteter Seite erfährt, hält der Reichskanzler daran fest, daß er vor Absendung der Antwortnote nach Paris keinesfalls dem Reichstag Rede und Antwort über die außenpolitische Lage stehen will. Die außenpolitische Aussprache wäre also erst in der Zeit vom 15. bis 18. Juli zu erwarten. Eine Aenderung dieser Disposition werde sich auch im Plenum des Reichstages nicht ergeben, da das Zentrum zweifellos gegen eine solche stimmen würde.

•

Zu der wichtigen Sonnabendsitzung des Reichstags wird uns noch geschrieben:

Der Präsident Löbe berichtete, daß der Kanzler erklärt habe, er halte eine sofortige außenpolitische Debatte nicht für wünschenswert. Dadurch würden **wichtige diplomatische Verhandlungen**, die gegenwärtig schweben, **gestört** werden. Dieser sehr dehnbaren Erklärung folgte dann eine Erklärung des Staatssekretärs Kempner, der im Auftrage des Reichskanzlers mitteilte, daß die Debatte über die außenpolitische Lage noch vor den Sommerferien stattfinden werde **und zwar, sobald die Antwortnote überreicht sein wird.** Diese provokatorische Erklärung der Reichsregierung erzeugte **allgemeine Unruhe.**

Genosse Rosenberg, der darauf sofort zu Wort kam, stellte fest, daß ein solche Antwort der Regierung sich

kein anderes Parlament Europas gefallen lassen hätte.

Es handelt sich hier weniger um außenpolitische, sondern um innerpolitische Differenzen, die die Regierung veranlassen, vor dem Parlament zu **kneifen.** Wir fordern **sofortige** Besprechung der außenpolitischen Fragen.

Breitscheid von den Sozialdemokraten schloß sich dem an und meinte, sie wären bereit, wenn schwerwiegende Gründe vorlägen, sich mit der Regierung zu unterhalten. Lächerlich wirkte es, als er erklärte, daß es im **Wesen** des parlamentarischen Systems läge, daß der Reichstag seinen Einfluß mit ausüben könne, denn **während der Regierungszeit des „Volksblocks" wurde bekanntlich mit denselben Methoden gearbeitet.** Nunmehr erklärte Fehrenbach vom Zentrum, daß die Note ja noch nicht abgesandt sei und man sich noch darüber unterhalten könne, ob eine außenpolitische Debatte vorher stattfinden solle. (!) Dem schloß sich auch der Redner der Demokraten an.

Genosse Stoecker stellte gegenüber den Demokraten fest, daß, wenn die Opposition der sog. Oppositionsparteien so weitergehe, dann werde die Regierung bald **ganz** auf den Reichstag pfeifen. Wir fordern, daß die Regierung die Gründe ihres Schweigens hier sofort bekanntgibt. Es verlautet, daß die Note zwischen dem 12. und 15. Juli abgeschickt werden soll, die Regierung muß also in der Lage sein, **schon heute** ihre Stellungnahme bzw. ihre Gründe gegen eine Debatte im Reichstag darlegen zu können. Das ist auch deshalb nötig, damit nachher nicht wieder deutschnationale Minister in die Verlegenheit kommen, zu sagen, **sie hätten von alledem nichts gewußt.**

Bei dieser Debatte war besonders das Verhalten des Zentrums bezeichnend, welches versuchte, sich durch allgemeine Redensarten aus der unangenehmen Situation zu retten. Dem wure bei der **Abstimmung** ein Ende gemacht. Das Verhalten der Demokraten als **„Oppositionspartei"** wurde dadurch so recht gekennzeichnet, daß sie bei der Abstimmung über den Antrag, die auswärtige Debatte am **Montag** stattfinden zu lassen, **mit den Rechtsparteien und dem** Zentrum gegen diesen Antrag stimmte, während sie **noch gestern dafür** waren. Das Zentrum aber, das sich durch den „ehrlichen" Fehrenbach für Ruhe und Ordnung ausgesprochen hatte und erklärte, gegen eine Debatte vor Absendung der Note **nichts** einzuwenden zu haben, fiel programmäßig um bei der Abstimmung über einen Antrag, der die Regierung aufforderte, keinesfalls die Note über den Sicherheitspakt abzusenden, bevor die Aussprache im Reichstag darüber stattgefunden hat. Es stimmte mit den übrigen Regierungsparteien gegen diesen Antrag, womit der Regierung Luther die Möglichkeit gegeben wird, ihre **Politik des Einschwenkens in die Front gegen Sowjet-Rußland** fortsetzen zu können.

Schluß des Landtags

Ende in Arbeiterfeindschaft, Justizskandal, Regierungskuhhandel

Zu Beginn der Sitzung am Sonnabend beantragte Genosse **Schwenk** endlich Verhandlung des **kommunistischen Antrags, der die Umbildung der preußischen Regierung auf Grund der kommunistischen Mindestforderungen verlangt:** Vollamnestie, Achtstundentag bzw. Siebenstundenschicht, Aufhebung der Hauszinssteuer und der Schupokasernierung, Verbot der Teno, Beschlagnahme des Vermögens der Fürstenfamilien und Ausweisung, Säuberung der Beamtenschaft von allen monarchistischen Elementen. Aus **allen drei Regierungsparteien** wurde gegen diesen Antrag **Widerspruch** erhoben. Der Sozialdemokrat Müller-Hannover tat es diesmal besonders laut mit dem Hinzufügen,

die SPD. würde dafür sorgen, daß die Kommunisten nichts über die Verhandlungen zur Regierungsumbildung erfahren. Er gab also zu, daß auch die Sozialdemokraten hinter verschlossenen Türen mit den monarchistischen Parteien wegen Bildung der Großen Koalition in Preußen schachern.

Dann wurden mehrere Geschäftsordnungsangelegenheiten erledigt. In dem einen Falle mußte der Landtag anerkennen, daß der Protest der kommunistischen Fraktion gegen die willkürliche **Verstümmelung** ihrer Anträge durch Abstimmung über einzelne Worte, wie es ein Vizepräsident kürzlich machte, berechtigt ist. In dem anderen Falle handelte es sich um die Frage, ob in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein Abgeordneter, der als Zeuge vernommen wurde, Mitglied sein könne. Der Geschäftsordnungsausschuß hatte die Frage einmütig bejaht; jetzt aber beschloß der Landtag mit den Stimmen der Rechtsparteien, die Frage noch dem Rechtsausschuß vorzulegen. In der Diskussion erfuhr man die interessante Tatsache, daß der frühere Landtagspräsident Leinert, Sozialdemokrat, sich für seine Gewaltmaßnahmen gegen die kommunistische Fraktion Rechtsauskünfte bei dem Volksparteiler Ledig geholt hatte.

Der dritte Versuch einer Abstimmung über die Einführung von Grubenkontrolleuren scheiterte wieder an der Sabotage der Rechtsparteien.

Der Bericht des Rechtsausschusses über den kommunistischen Antrag auf

Beschleunigung des Gerichtsverfahrens wegen des Arbeitermordes im hallischen „Volkspark"

gab unseren Genossen Kilian und Obuch Gelegenheit, die von der Regierung zugegebenen Verschleppungs- und Vertuschungsmethoden scharf anzuprangern.

Vier Monate sind seit dem Mord von Halle (Ordnungsruf) vergangen, 182 Zeugen habe man vernommen, aber noch immer ist kein Untersuchungsverfahren begonnen, noch immer laufen trotz schwer belastender Zeugenaussagen die Mörder Pietzker und Schulze (Ordnungsruf) herum.

Wenn der Landtag den Ausschußantrag annehme, der alles in Ordnung befindet, so macht er sich zum **Mitschuldigen dieser Justizschande** (Ordnungsruf). Die Landtagsmehrheit nahm trotzdem den Antrag an. Die Genossen Schwenk und Sobottka verlangten, als der Präsident die **Vertagung** bis zum 22. September vorschlug, eine Sitzung am nächsten Dienstag, um zur Frage der Regierungspolitik Stellung zu nehmen und die Abstimmung über die Grubenkontrolleure zu Ende zu führen. Die Mehrheit lehnte das ab. Sie bewies damit, daß unsere Redner recht hatten, als sie sagten, die gelegentlichen **Kundgebungen des Landtages für verunglückte Bergarbeiter wären Heuchelei,** wenn der Landtag zum Schutze nicht einmal einen Beschluß zustande brächte.

Um das Finanzausgleichsgesetz

Im Steuerausschuß des Reichstags wurde am Montag die Aussprache über die Beteiligungsquote der Länder und Gemeinden am Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftssteuer wie der Umsatzsteuer fortgesetzt. Obwohl durch Vereinbarungen der Regierung mit den Mehrheitsparteien man vorläufig davon Abstand genommen hat, die Zuschlagsfrage für die Länder und Gemeinden vor dem Vorliegen der Ergebnisse der ersten Einkommensteuerveranlagung endgültig zu regeln, besteht die Schlieben-Regierung und mit ihr auch ihr Mehrheitstroß mit geradezu kindischer Hartköpfigkeit darauf, den Ländern und Gemeinden ab 1. Oktober den Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 90 auf 75 Prozent herabzusetzen. Als Ausgleich sollen sie dafür 30 Prozent des Aufkommens der Umsatzsteuer (also 10 Prozent mehr als bisher) erhalten. Auf Antrag der Zentrumsschriften wurde dieser Anteil schließlich auf 35 Prozent erhöht. Wirkliche Gründe für diese Aenderung wußten weder die Regierung noch die Mehrheitsparteien anzuführen. Es war, wie Genosse Höllein treffend ausführte, wie bei einem regelrechten Pferdehandel. Die Genossen Höllein und Neubauer entlarvten in wiederholten Reden die wirklichen Absichten der Regierung und ihrer Auftraggeber. Die Einnahmen der Länder und Gemeinden sollen gewaltsam gekürzt werden, damit sie ihre Wohlfahrtspflege möglichst einstellen und vor der Bevölkerung gleichzeitig das Odium der stärkeren Steuerbelastung auf sich nehmen müssen. Durch das Zugeständnis des höheren Satzes für den Umsatzsteueranteil will man das Interesse der Selbstverwaltungskörper an der Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer verschärfen und gleichzeitig bei einem Abbau der Umsatzsteuer die Gemeindemittel weiter automatisch beschränken. Die Regierungsmehrheit beschloß den Regierungsanträgen entsprechend. Nur die Kommunisten stimmten dagegen. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

Eine längere Aussprache knüpfte sich an einen von der Regierung neu vorgeschlagenen Paragraphen, der den Ländern die Ermächtigung geben will, den Gemeinden ihren Anteil an Einkommen- und Körperschaftssteuer im Jahre 1926 zu kürzen, wenn ihr Bedarf den Friedensbedarf zuzüglich des allgemeinen Teuerungsfaktors um mehr als 10 Prozent übersteigt. Genosse Höllein bekämpfte namens der kommunistischen Fraktion diesen neuen Angriff der Reaktion auf das Selbstverwaltungsrecht. Die Kautschukbestimmung ermöglicht es der deutschnationalen Verwaltungsbureaukratie, die Gemeinden mit Arbeitermehrheit nach allen Regeln der Kunst zu schikanieren und ihnen das Leben noch unerträglicher zu gestalten. Die Regierungsmehrheit, die in der neuen Vorschrift ein geeignetes Mittel erblickt, den Gemeinden das „Sparen" zu lehren, stimmte natürlich für die neue Schikanierungsmöglichkeit.

Die Beratungen werden am Mittwoch, vormittags 10 Uhr, fortgesetzt.

Die imperialistische Allianz gegen Sowjet-Rußland

London. Der „Manchester Guardian" teilt mit amtlicher Ermächtigung mit, daß die englische Regierung nicht an einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland denke, daß vielmehr „nur" eine gemeinsame Aktion mit anderen Mächten (Frankreich, Italien und Tschechoslowakei) gegen die kommunistische Agitation der dritten Internationale in Moskau unternommen werden solle. Die englische Regierung hat mit diesen Regierungen bereits Verbindung angeknüpft, um den Charakter und die Tragweite einer gemeinsamen diplomatischen Intervention in Moskau zu erwägen.

Charakteristisch ist, daß nach dieser Aktion gegen Moskau die Aktion gegen China gemeinsam mit dem amerikanischen Imperialismus unternommen werden soll.

Zugleich mit dem englischen Blatt erklärt auch der Pariser „Matin", daß die alliierten Regierungen bald dazu gezwungen sein könnten, gemeinsame Beschlüsse über ihre Beziehungen zu Sowjet-Rußland zu fassen.

Englische Kriegsvorbereitungen an der estländischen Grenze

Zunächst wirtschaftliche Blockade gegen Sowjet-Rußland?

„Daily Herald", Organ der englischen Reformisten, teilt am 1. Juli unter sensamierenden Ueberschriften über die neue Antisowjetkampagne einen Bericht seines Pariser Korrespondenten mit: „Ich erfahre aus guter Quelle, daß die hohen französischen Marinekreise ernsthaft durch eine Nachricht, die sie von französischen Agenten an der Ostsee haben, beunruhigt sind, betreffs der Tätigkeit der englischen Admiralität in jener Gegend.

Als Folge auf die kürzlichen englischen Flottenmanöver in der Ostsee, berichtet man, ist mit Baggerarbeiten von britischen Schiffen begonnen worden an der Küste von Estland und in der Nähe der Insel Oesel.

Aehnliche Berichte sind auch an andere französische Ministerien gelangt und haben lebhaftes Interesse hervorgerufen.

Die Baggerarbeiten werden in offiziellen Flottenkreisen hier nur auf eine Weise interpretiert. Man nimmt an, daß sie das Vorspiel für die Wiederaufnahme der **wirtschaftlichen Blockade Rußlands** durch England sind, deren voller Erfolg abhängt vom Flottenkommando an der baltischen und estnischen Küste.

Vandervelde hetzt gegen die Sowjetunion

Brüssel. Vandervelde, der belgische Außenminister, äußerte sich über Sowjet-Rußland. Seiner Meinung nach müßten die Verhandlungen mit Sowjet-Rußland weitergeführt werden und de jure-Anerkennung diesen Verhandlungen folgen. Aber bei diesen Verhandlungen dürfe man drei Dinge nicht vergessen: „1. daß Belgien ein gewisses Interesse an dem Rußland der Vergangenheit (!) hätte, 2. daß Belgien die Haltung Sowjet-Rußlands gegen die Georgische Republik nicht vergessen könne, und 3. daß es unmöglich sei, im Interesse des Weltfriedens (!) indifferent demgegenüber zu bleiben, was sich in Sowjet-Rußland ereignet habe."

Protest Sowjet-Rußlands gegen die polnischen Uebergriffe

Moskau, 4. Juli. (Meldung der russischen Telegraphen-Agentur.) Tschitscherin richtete heute an den polnischen Gesandten eine Protestnote gegen die Grenzüberfälle von polnischem auf russisches Gebiet bei Pepeschowka und Schilicha am 28. Juni und 1. Juli. Er fordert darin sofortige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Grenzsicherheit und die Bildung einer gemischten paritätischen Kommission zur Untersuchung der Zwischenfälle. Gleichzeitig behält er sich das Recht vor, Schadenersatzansprüche zu stellen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen vorläufig gescheitert

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind **vorläufig abgebrochen,** angeblich weil Deutschland, die bei der Einfuhr von elsässischen Textilwaren und von Weinen geforderten Zugeständnisse nicht machen wollte. In Wirklichkeit wohl darum, weil die **Verhandlungen zwischen deutscher und französischer Schwerindustrie noch nicht völlig abgeschlossen** sind. So kommt es, daß die deutschen Schwerindustriellen noch nicht ihre ganze Kraft für die Annahme des Abkommens einsetzten, während andererseits die **Fertigindustrie** keine besondere Lust hat, Konzessionen zu machen, aus denen bloß der künftige deutsch-französische Essentrust Nutzen ziehen soll. Natürlich darf die Stockung nicht darüber hinwegtäuschen, daß früher oder später gleichzeitig mit der **politischen Einigung über den Sicherheitspakt auch die wirtschaftliche über den Handelsvertrag** erfolgen wird.

Französische IAH.-Sammlung für China

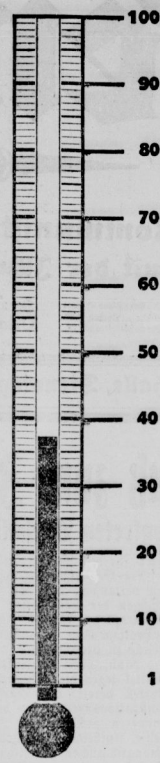
Das französische Komitee der IAH. übersandte dem Zentralkomitee als erste Rate 6000 Franken für die China-Hilfe-Fonds.

37000 Amnestie-Unterschriften!

Während die offenen Sozialfaszisten vom Schlage der „Volksblatt"-Redakteure in aller Oeffentlichkeit gegen die Amnestie hetzen und fast täglich Artikel schreiben, kein Arbeiter dürfe seine Unterschrift für die Amnestieliste hergeben, versuchen die sogenannten „linken" Sozialdemokraten von der Richtung des „Zeitzer „Volksboten", ihre Amnestiefeindschaft dadurch zu verbergen, daß sie behaupten, sie wären für die Unterschriftenleistung, wenn gleichzeitig auch die konterrevolutionären Gefangenen in Rußland freigelassen würden. Diese Leute spekulieren auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter.

Die „Rote Hilfe" hat schon vor Monaten als vermittelnde Instanz sich an die Zweite Internationale, an die deutschen Gewerkschaften und die SPD. gewandt mit dem Vorschlag des Austausches der politischen Gefangenen. Auf diesen Vorschlag ist keine der genannten Organisationen eingegangen. Sondern man hat ihn, wie so oft schon, nur als „kommunistischen Schwindel" bezeichnet. Man kann der SPD. gegenüber in Sachen der Amnestie machen, was man will, **die sozialdemokratischen Parteiinstanzen und Redaktionen finden immer wieder Ausflüchte, um die Vollamnestie abzuwürgen.**

Glücklicherweise gelingt den Amnestiesaboteuren ihr schändliches Handwerk nicht, **unser Amnestiebarometer ist unaufhaltsam im Steigen begriffen.** Wenn sich jeder Arbeiter, der noch proletarisches Gefühl in sich trägt, unverzüglich in die Amnestielisten einträgt, dann ist in der kürzesten Zeit



das Ziel der 100 000 Unterschriften erreicht!

„Die Massen sind mit dem Schutzzoll einverstanden!"

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags hatte ein Vertreter der Rechtsparteien die Frechheit, zu erklären, die Erbitterung der Massen über den drohenden Zollwucher sei gar nicht so groß, man merke nichts von Protesten!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinhändler, laßt Euch das eine Warnung sein! Der Uebermut der Reichen kann sich nur breitmachen, solange die Armen stillhalten! Heraus zur Massenprotesten! Schickt Delegationen zum Reichstag! Geht auf die Straße! Schreit den Mächtigen in die Ohren:

Wir haben Euren Wucher satt!
Nieder mit den Zöllen und Massensteuern!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0002

Hindenburg und Kautsky

Von G. Sinowjew.

Dieses kurze Kapitel ist dem großen Referat des Genossen Sinowjew entnommen über „Die partielle Stabilisierung des Kapitalismus und die Aufgaben der Komintern und der KPR.“ Dieses höchst interessante Referat, das wir allen zum Studium auf das dringlichste empfehlen, ist in der neuesten Nummer der „Kommunistischen Internationale“ abgedruckt. Zu beziehen aus der Bezirks-Buchhandlung, Lerchenfeldstraße 14. D. Red.

Der Sieg Hindenburgs muß uns also zwingen, über jene molekularen Prozesse (Kräfteverschiebungen. D. Red.) tief nachzudenken, die sich in den Volksmassen eines solchen Landes wie Deutschland, abspielen, eines Landes, das durch das Fegefeuer des Bürgerkrieges hindurchgegangen ist. Dieser Sieg muß uns zu verstehen geben, welchen Umfang die politische Stabilisierung auch in Europa annimmt. Wir sehen dort eine Reihe von unerwarteten Momenten und die Entstehung von Faktoren, die diese Stabilisierung erschüttern können, zunächst vielleicht nach rechts, aber die krampfhaften Schwankungen nach rechts können von ebensolchen Schwankungen nach links abgelöst werden. All dies rollt die Frage der proletarischen Revolution in einer ganz neuen Situation auf und droht uns auch mit neuen Gefahren.

Man darf sich nicht darüber wundern, daß die deutschen Kommunisten sich so schwer entschließen können, irgendeine Möglichkeit selbst vorübergehender Vereinbarungen mit den deutschen Sozialdemokraten gegen die Monarchisten anzunehmen, denn die Führer der SPD. verkörpern, wie auch die ganze 2. Internationale, die **Politik der Bourgeoisie.**

Ein Beispiel wird Ihnen die Sache erklären: Wir hörten, daß auf der unlängst stattgefundenen Tagung der Exekutive der 2. Internationale **Kautsky irgendwelche Thesen zur russischen Frage eingebracht hatte, die abgelehnt wurden, da sie selbst für die Menschewiki allzu rechts waren.**

Wir haben diese Thesen lange gesucht, und erst jetzt ist es uns gelungen, sie aufzufinden. Es ist sehr interessant, sie kennenzulernen, um zu begreifen, warum es in Deutschland wirklich so schwer war, von irgendwelchen Vereinbarungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Monarchisten zu sprechen, wenn auch solche Vereinbarungen absolut zulässig und notwendig gewesen wären.

Sie wissen wohl, Kautsky ist ein ziemlich bejahrter, ein ziemlich ausgeglichener Mensch (Heiterkeit); Hindenburg ist 78 Jahre alt. Kautsky ist fast ebenso alt, jedenfalls macht das Alter von beiden zusammen beinahe anderthalb Jahrhunderte aus. (Heiterkeit.) Sie wissen, daß **dieser weißhaarige Greis sanft wie ein Lamm und weich wie Wachs ist, wenn es sich um die Bourgeoisie handelt.** Er ist ein Gegner der Aufstände, des Bürgerkriegs usw. Doch hören Sie diesen Greis an, der ungetrübt seinen Lebensabend genießt, wie er die Zähne fletscht, wenn es sich um uns, um das Sowjetland, wenn es sich um unsere Revolution handelt.

Die Thesen heißen: Die Pflichten der Internationale in bezug auf Rußland. (Die Zitate aus den Kautskyschen Thesen wurden aus dem Russischen rückübersetzt. Die Red.)

Bisher glaubten wir alle, daß die Pflichten der Internationale gegenüber Rußland in der einen oder anderen Form der Unterstützung bestehen. Kautskys Thesen beginnen aber folgendermaßen:

„Wie seinerzeit der Kampf gegen den Absolutismus, so bildet jetzt der Kampf gegen die Despotie, die die Völker Rußlands und die von ihm eroberten Gebiete bedrückt und unterjocht, eine der wichtigsten Pflichten der Sozialisten aller Länder. Die Nutznießer der Revolution sind zu ihren Totengräbern geworden, und jetzt, wo sie bloß revolutionsfeindliche Pflichten erfüllen, stellen sie eine russische Spielart des Bonapartismus dar.

Das am nächsten gelegene Abwehrmittel gegen die gröbste Gewaltanwendung ist auch auf der anderen Seite die Gewalt. Die Despotie, die sich auf eine militärische Macht stützt, wurde bisher fast immer nur durch einen Volksaufstand oder durch Abkehr ihrer Anhänger gestürzt.“

Weiter folgen kleine Einschränkungen, die die Sache diplomatisch verkleistern wollen. Er verurteilt, merken Sie wohl, jene Aufstände, die nicht zum Ziele führen. Und in diesem Sinne ist er mit Teilaktionen nicht einverstanden. **Er möchte womöglich ohne Aufstände usw. auskommen.**

Der Standpunkt Kautskys war sogar für die russischen Menschewiki „ein bißchen zuviel“, und sie lehnten ihn ab. Stellen Sie sich aber vor, wie das Verhalten der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten sein muß, wenn sie wissen, daß dieser „gelehrte“ Kautsky und mit ihm alle sozialdemokratischen Führer das Sowjet-Rußland beurteilen. Das beweist noch einmal, wie sehr die Wege der Anhänger der 2. und der Anhänger der 3. Internationale auseinandergegangen sind.

Ich glaube, daß diese beiden sozusagen symbolischen Figuren Hindenburg und Kautsky dennoch die Vergangenheit Deutschlands und ganz Europas verkörpern. Wir sehen jetzt eine solche Konfiguration und solche Krämpfe, die **vorübergehend Hindenburg und dadurch auch Kautsky stärken.** Morgen werden sie gute Freunde sein. **Aber nicht diesen beiden Greisen gehört die Zukunft.**

Das böse Gewissen Kautskys und der nüchterne Sinn der englischen Arbeiterführer

„Die Sowjetregierung ist augenblicklich das stärkste Hindernis des Aufstiegs des Proletariats in der Welt — schlimmer sogar, als das infame Regime Horthys in Ungarn oder Mussolinis in Italien, zwei Regimes, die doch nicht jede oppositionelle Regung des Proletariats so gänzlich unmöglich machen, wie das Sowjetregime.“

Aus: Die Internationale und Sowjet-Rußland von Kautsky-Schulz. „Volksblatt“, 4. Juli 1925.

„Die Delegation ist der Meinung, daß das System der Sowjetvertretung und ihr Plan von Verfassung und Bürgerrechten weit davon entfernt ist, undemokratisch im weitesten Sinne des Wortes zu sein; vielmehr gibt es in dieser Beziehung dem Individium eine wahrere und vernünftigere Gelegenheit der Teilnahme an dem öffentlichen Angelegenheiten als das parlamentarische und Partei-Regime. Unter dieser Verfassung gibt es sicherlich ebenso große und vielleicht größere Möglichkeiten als anderswo zur Herbeiführung einer Volksregierung, politischen Friedens und sozialen Fortschritts.“

„Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland.“

Die beiden Zitate stammen von zwei Sozialdemokraten. Das eine stammt von Kautsky, der Sowjet-Rußland nur aus den Erzählungen weißgardistisch-menschewistischer Schauergeschichten kennt und den Pakt Horthys mit den ungarischen Sozialdemokraten patriarchalisch gesegnet hat; das andere Zitat stammt aus dem englischen Gewerkschaftsbericht, den eine Reihe der allerangesehensten englischen Gewerkschafter zusammengestellt haben, nachdem sie Rußland genau studiert hatten. Fürwahr das verdrängte böse Gewissen, das die giftigsten Haßblasen aufwirft, auf der einen und der nüchterne reale Sinn auf der anderen Seite.

Die Alldeutschen von heute

Rosa Luxemburg hat in der Junius-Broschüre in klassischer Weise den „Umfall“ der SPD. im August 1914 an Hand der Presse und anderer Dokumente geschildert. Im Juli 1914: Warnende Stimmen gegen den kommenden Weltkrieg, Drohungen gegen die Kabinette, die zum Kriege treiben usw.

Zur gleichen Zeit, als die Junius-Broschüre in der Oeffentlichkeit erschien, wurde ein Werk herausgegeben über die Alldeutschen, in dem alle jene alldeutschen Stimmen der Vorkriegszeit wiedergegeben waren, die direkt zum Kriege aufreizten und die schon die an sich geladene Atmosphäre in ungeahnter Weise verschärften.

Die Rolle der SPD. ist heute die Rolle der Alldeutschen von damals. **Heute schliddert die SPD. nicht mehr wie 1914 in den Krieg hinein, sondern sie betreibt ihn bewußt.** Es ist bald an der Zeit, daß man eine ähnliche Dokumentensammlung zusammenstellt, wie man sie von den Alldeutschen der Vorkriegszeit zusammengestellt hat. Herr Kautsky und das „Volksblatt“ werden darin einen wichtigen Platz einnehmen.

Sozialdemokratische und bürgerliche Pressestimmen über Sowjet-Rußland

Die Bolschewistenhetze der SPD. wird sogar von der Bourgeoisie entlarvt

In einem Augenblick, wo die gesamte Ausbeuterklasse der Welt im Begriff ist, sich im „Garantiepakt“ und im „Völkerbund“ zu vereinigen, um den russischen Arbeiterstaat mit einem neuen Weltkrieg zu vernichten, erachtet es die gesamte Presse der deutschen Sozialdemokratie als ihre „soziale“ Aufgabe, als Kettenhund der Ausbeuterklasse wie irrsinnig gegen die russischen Arbeiter zu heulen und zu geifern. Sie übertrifft in dieser „Kunst“ noch die gemeinsten und dreckigsten Ausbeuterhetzblätter.

Moralisch läßt sich ein solches Verhalten einer angeblichen Arbeiterpresse überhaupt nicht mehr qualifizieren, nicht einmal mit „parlamentarischen“ Ausdrücken. Das kann man nur „tiefer hängen“.

*

Zweiunddreißig englische Gewerkschaftsführer, darunter kein einziger Kommunist, aber alle in Ehren grau geworden als Vorkämpfer der englischen Arbeiterbewegung, besuchten Rußland. Ihr Bericht ist kritisch genug, aber sie waren doch überwältigt von dem, was sie drüben Neues und Großes sahen, von einer ihnen ganz neuen Welt wirklicher proletarischer Freiheit. Diese englischen Gewerkschafter sind lauter Sozialdemokraten. Aber vergebens wird ein Arbeiter in der SPD.-Presse nur ein Wort aus diesem Bericht suchen. Darüber und dagegen aber schon: diese alten englischen Gewerkschaftsführer, vor deren Macht der englische Ausbeuterstaat erzittert, haben sich von den „Bolschewisten“ kaufen lassen! Das erzählt die SPD.-Presse ihren Arbeiterlesern, um sie vor diesem Bericht zu „warnen“.

Statt dieses **offiziellen Berichts sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer** setzt die SPD.-Presse ihren Lesern „Schilderungen“ vor **ohne Namen** und **ohne Zeitangabe,** Machwerke allertraurigster Art, die nicht nur von jedem, der das heutige Rußland kennt, als ganz dumme Lügen qualifiziert werden, sondern die durch ihre plumpe offensichtliche Lügenhaftigkeit sich in den Augen jedes denkenden Arbeiters selber entlarven.

Die **„Chemnitzer Volksstimme“** bringt in ihrer Beilage zu Nr. 147 vom 27. Juni unter dem Titel: „Aus dem russischen Paradies“ ein solches Lügengespinst, angeblich „von einer deutschen Arbeiterfrau, welche mit ihrem Gatten, einem Russen, die Reise in seine Heimat machte“.

Sie behauptet, sie seien auf der Ueberfahrt nach Kronstadt „vom Personal **bestohlen“** worden. Ihre lächerliche Lügenhaftigkeit enthüllt sie mit der Behauptung, die Fahrt von Kronstadt nach Petersburg dauerte **„einen Tag und eine Nacht“;** sie dauert **höchstens** zwei Stunden.

In Petersburg war „die Verpflegung so schlecht, daß wir magenkrank wurden“, „wir mußten auch **die notwendigsten Sachen verkaufen,** um nur leben zu können“.

Dann folgt aber eine ganz niederträchtige Verleumdung: „Den Rest unseres Besitztums entwendeten uns Soldaten bei der Durchsuchung.“

Von Petersburg nach Moskau fährt die „Arbeiterfrau“ nur 15 Tage. In Wirklichkeit dauert die Reise einen Tag. Dann verkauft sie wieder einmal „die letzten Wäschestücke“ und gibt „das letzte Geld“ aus. Und „der Wagen blieb immer im Dreck der Landstraße stecken“. Die verfluchten Bolschewisten hätten doch die Landstraße asphaltieren können, wenn so hoher Besuch kommt.

„Die Nahrung bestand aus Kartoffeln, Salz und Schwarzbrot.“ „Der Pastor ließ bei seinem Besuch Messer und Gabel mitgehen“ und klaut Kerzen (wahrscheinlich, um sie aufzufressen!). So ein gemeiner Diebspfaff!

Dann geht die deutsche „Arbeiterfrau“ in ein russisches Dampfbad; aber „ein Kessel mit Feuer und eine große Rute waren das ganze Inventar“. Inzwischen wird ihnen „wieder ein Teil der Sachen gestohlen. **Das ist gewiß der „Rest“ vom „Rest“ des „Rests“.** Aber einige Zeilen weiter verkauft die Frau wieder „das Letzte“.

Und als sie endlich wieder ins schöne Land Haarmanns und Denkes zurückkehrt, sagt ihr noch drüben ein deutscher Kommunist: „Jeder nach Deutschland zurückkehrenden Frau muß die Zunge aus dem Halse geschnitten werden!“

Sehr interessant ist ihre Behauptung, daß in Moskau die Lebensmittel **„viel teurer“** waren als „bei uns“. In Wirklichkeit kosten in Moskau die Lebensmittel **nicht ein Viertel** der deutschen Preise bei gleichem Gewicht und gleicher Qualität.

*

Die beste Widerlegung dieses plumpen und dummen Schwindels liefert ein Artikel: „Die tote Stadt“ in dem größten Blatt des Rheinlandes, der **schwerkapitalistischen „Kölnischen Zeitung“,** Nr. 469, auch vom 27. Juni wie die „Schilderung“ in der „Chemnitzer Volksstimme“.

Der Berichterstatter des Kapitalistenblattes stellt fest, daß in Deutschland „immer noch die Schauergeschichten der Jahre 1919 bis 1921 grassieren“, er sagt sogar von jener Zeit, sie sei **„natürlich nicht eine Folge des bolschewistischen Regimes, sondern einfach des Krieges“** gewesen.

Dann aber sagt dieser bürgerliche Journalist:

„Es ist bei der russischen Revolution um andere Dinge gegangen als um Weißbrot und Butter, aber sobald jener elementare, tief aus der russischen Volksseele hervorrauschende Strom in ruhigere Bahnen abgelenkt war,

haben sich die Führer um den wirtschaftlichen Aufbau mit einem Erfolg bemüht, der angesichts der ungeheuren inzwischen vollzogenen Umwälzungen und der Vernichtung zahlloser Werte erheblich genannt werden muß.

Die Zahl der in der Wiederherstellung begriffenen Häuser Leningrads ist beträchtlich und zur Umlegung und Neuanlage elektrischer Linien wird im Zentrum der Stadt gebuddelt, so daß man sich nach Berlin in die Friedrichstraße versetzt glauben kann. Der Eindruck, den man gleich im Anfang von der Stadt empfängt, ist der, um ein in Deutschland vielfach mißbrauchtes Wort anzuwenden — eines ganz **planmäßigen Wiederaufbaus,** der in einem völlig anderen Geiste und Zeitmaß betrieben wird als im alten Rußland jemals gearbeitet wurde. In den **Bureaus** hat die **alte Schlamperei aufgehört,** es wird tüchtig und viel gearbeitet: die Bautätigkeit, sowohl was Hausbau wie Straßenpflasterung, Anlegung elektrischer Linien und ähnliche Dinge angeht, hat eine **fast deutsch anmutende Forschheit** angenommen. Man fühlt schon an diesen Aeußerlichkeiten, daß sich in Rußland **auch in psychologischem Sinne unendlich viel geändert hat.** Die natürliche Liebenswürdigkeit der Russen ist geblieben, ja sie ist **noch freier, herzlicher, sympathischer geworden,** da sie **ihre frühere Servilität** (Knechthaftigkeit) mehr oder minder **verloren** hat, aber ein gewisser Amerikanismus, eine **nüchterne, erstaunlich praktische Denkungsart hat sich Bahn gebrochen** und tritt einem bereits in den ersten Tagen eines Aufenthalts in Rußland entgegen. **Der ungeheure Gegensatz zwischen Arm und Reich ist verschwunden.“**

Er schließt:

„Ueberall spürt man einen festen und zielbewußten Willen in Verwaltung und Wiederaufbau.

Das ist der erste, sich jedem Unbefangenen aufdrängende Eindruck des neuen Rußlands. **Es geht vorwärts, daran ist kein Zweifel.** Welche Rolle der Kommunismus bei diesem Aufbau gespielt hat und noch spielt, das ist eine Frage, die erst bei einer Einzelbetrachtung der Dinge aufgeworfen und vielleicht beantwortet werden kann.“

„Man fühlt, es geht aufwärts“, schrieb neulich auch der Moskauer Korrespondent der kapitalistischen „Frankfurter Zeitung“.

Dieses Gefühl spricht auch aus jeder Zeile des englischen Gewerkschaftsberichtes, der dazu auch die nötigen Zahlen und beweisenden statistischen Angaben anführt.

*

Wie gesagt, die Bourgeoisie sogar straft die SPD.-Presse Lügen. Die Wahrheit über den siegreichen Aufstieg des russischen Proletariats läßt sich nicht ewig unterdrücken.

Vorläufig hängen wir die Erzeugnisse der SPD.-Schmierlinge tiefer. Es kommt die Zeit, wo die deutschen Arbeiter sie höher hängen werden!

Geistige Gauner und Falschmünzer

„Ein solches Eingreifen (nämlich das Eingreifen **kampffähiger** Arbeiter und Demokraten eines Landes zugunsten von bedrängten Arbeitern und Demokraten eines andern Landes ist vielmehr nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht, der Daseinszweck der proletarischen Internationale.“

„Zusammenfassend sei bemerkt, daß Kautsky also weder einer bewaffneten Intervention, noch einem Bürgerkrieg in Rußland das Wort redet, sondern, daß er durch die Internationale in Sowjet-Rußland jene Entwicklung gefördert sehen möchte, die Rußland in den Weltkreis des Verkehrs, des Warenaustauschs hineinzieht, es industriell stärkt, damit die Macht und den Machtwillen seiner Arbeiterschaft erhöht und das unglückliche, zurzeit durch rücksichtslosen Despotismus niedergehaltene Volk einer demokratischen Verfassung entgegenführt.“

Diese beiden Zitate entstammen dem „Volksblatt“ vom 4. Juli (Die Internationale und Sowjet-Rußland.) — Die beiden Zitate folgen einander ohne jeden verbindlichen Zwischensatz.

Wenn wir, wenn jeder nüchterne Mensch dieses erste und dies letzte Zitat miteinander vergleicht, dann wird er folgendes sagen müssen: Die Methode dieses Schreibers gleicht derjenigen, die da sagt: **Ich konstatiere, daß der Himmel blau ist, um im nächsten Augenblick zu sagen, ich verwahre mich mit aller Entschiedenheit dagegen, konstatiert zu haben, daß der Himmel blau ist.** Zu Deutsch nennt man eine solche Methode, die Methode eines geistigen Gauners und Falschmünzers.

Meuterei in der französischen Flotte

„Wie im Jahre 1919“

„Wir erhalten Matrosenbriefe, Herr Painlevé“,

schreibt das französische kommunistische Organ, die „Humanité“. „Wie 1919 von den „Poilus“ der Orientarmee und von den Matrosen der französischen Schwarzmeerflotte; sie schrien vom Leid und Zorn der Soldaten und Matrosen, die für die ungerechteste Sache kämpfen mußten; Gegen die russischen Arbeiter. Solche Briefe, genau solche erhalten wir heute von der Marokkofront, von den Schlachtschiffen und aus den Kriegshäfen Frankreichs.“

Der Pariser Bürger und der Provinzler, sie machen ihre Geschäfte, sie bekommen den Krieg nicht zu spüren, außer als Geschäft.

Aber auf den Kriegsschiffen, in den Kriegshäfen, in Algier und Tunis, da herrscht der Belagerungszustand.

Wie 1919 im Schwarzen Meer, kurz vor den Meutereien von Sewastopol und Odessa, wird die „Disziplin“ verschärft, weil die Leitung fühlt, daß die Mannschaften sich Mann für Mann in den allerschärfsten Gewissenskonflikten befinden.

Gleiche Vorfälle ereigneten sich auf dem Schiff „Courbet“.

Man sucht die „Matrosenzeitung“.

Da die Menschen moralisch und physisch leiden, und diese Stimmung sich in solchen Akten Luft macht, sieht die Leitung die Schuld in der kommunistischen Propaganda.

Man sucht fieberhaft auf jedem Schiff die „Zelle“.

Das propagandistische Verbrüderungsblatt der Matrosen, der der „Jean le Goin“ (etwa mit dem „Spartakus“ zu vergleichen), ärgert die Herrschaften besonders. Und die Anzeichen mehren sich.

Vor einigen Tagen war das Blatt an allen Mauern der Seesoldatenkaserne von Bizerta angeschlagen.

Man verfiel in Tobsucht, man durchsuchte jeden Tornister, man schnüffelte und spürte überall herum.

Ein Matrose wurde wegen „Antimilitarismus“ verhaftet als vermeintlicher Herausgeber des Blattes.

Aber trotzdem erschien das Blatt neuerdings an den Mauern der Kaserne.

Die Offiziere sind platt, wissen nichts mehr zu sagen. Aber sie rächen sich durch verdoppelte Härte.

Haussuchungen, Verhaftungen wüten in Bizerta. Nicht nur die Marinesoldaten und Matrosen, auch die Einwohner, alle Muselmanen, bekommen die harte Faust der Imperialisten zu spüren. Aber alle stehen innerlich auf der Seite der Rifkämpfer. Man wird ja bald Hunderte von Tunesen in die Kerker werfen wegen eines „Eingeborenenkomplotts“.

„Jean le Goin“, die Rebellion, sie lebt, sie hat Fleisch und Blut angenommen auf den Kriegsschiffen, das sind die wackern Jungens von der Küste der Bretagne, nachdenklich, helläugig. Werden sie lange zusehen, wie ihre Granaten in den Araberzelten Frauen und Kinder zerfetzen? —

„So kreuzten ihre älteren Brüder 1919 an den Küsten der Krim und der Ukraina, das Herz übervoll von vorhandenem Zorn —.“

Der Befreiungskampf des Rifvolks

Die französische Heeresleitung meldet unter dem 6. Juli, daß im Gebiete von Taza eine **französische Gegenoffensive** eingesetzt habe und die Aufständischen zurückgetrieben worden seien. Gleichzeitig aber wird gemeldet, daß, „um jeder Eventualität vorzubeugen“, Frauen und Kinder zur Räumung von Taza aufgefordert wurden. Mit dem französischen „Siege“ scheint es also nicht weit her zu sein. Gleichzeitig wird von verschiedenen Seiten der

Abfall weiterer, bisher den Franzosen Gefolgschaft leistender Stämme

gemeldet. Der französische Ministerpräsident **Painlevé** bereitet in einem Zeitungsartikel selbst die Oeffentlichkeit „schonend“ auf die **Möglichkeit weiterer Mißerfolge vor.**

Die französischen „Friedensbedingungen“

Die **französisch-spanischen Verhandlungen** über eine gemeinsame Offensive gegen die Aufständischen scheinen wieder ins Stocken geraten zu sein. Doch werden von spanischen und französischen Blättern die **Bedingungen eines „Friedens“schlusses mit Abd el Krim** veröffentlicht: Den Rifkabylen soll volle wirtschaftliche und kulturelle **Autonomie** (statt der verlangten Unabhängigkeit) unter der **politischen Oberherrschaft des Sultans von Marokko** (schöne Republikaner!), der eine französische Strohpuppe ist, versprochen werden. Die Grenzen bleiben so, wie sie durch den letzten spanisch-französischen Vertrag festgelegt wurden (ohne Zustimmung der Rifkabylen), d. h. das Rifvolk wird von seinen natürlichen Kornkammern abgeschnitten und der französischen Aushungerungspolitik preisgegeben. Zum Zeichen der Unterwerfung sollen 50 000 moderne Gewehre abgegeben werden, damit Frankreich dann den Vertrag so halten kann, wie es ihm beliebt.

Wenn die Dinge in Marokko sich noch einige Zeit im bisherigen Geleise weiterentwickeln, werden die französischen Imperialisten in ihren Bedingungen schon **bescheidener** werden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0003

Oppositionelle Metallarbeiter vor die Front!

Gewerkschaftsgenossen der Verwaltungsstellen des DMV. **Aken, Artern, Aschersleben, Bernburg, Bitterfeld, Bockwitz, Burg, Dessau, Eilenburg,** Eisleben, Halberstadt, Halle, **Harzgerode, Herzberg, Kalbe, Koswig,** Köthen, **Merseburg, Meuselwitz, Naumburg, Nebra, Neuhaldensleben,** Nienburg, **Oschersleben, Quedlinburg, Raguhn, Sangerhausen,** Schönebeck, **Seehausen, Staßfurt, Tangermünde, Thale, Torgau, Weißenfels, Wernigerode, Wittenberg, Zeitz, Zerbst.**

Am Sonntag, dem 12. Juli, findet die Urwahl der Delegierten zum 12. Gewerkschaftskongreß im Deutschen Metallarbeiterverband statt. Alle obengenannten Zahlstellen bilden eine Wahlabteilung und haben drei Delegierte zu wählen. Zur Wahl sind gestellt **zwei geschlossene Listen,** und zwar kandidieren auf Liste der Reformisten, die die Bezeichnung A erhalten hat, die Angestellten des **DMV. Rößler, Halle, Donath, Dessau und Hartung, Schönebeck.** Auf der Liste der Opposition kandidieren die Genossen

Max Lademann, Metallarbeiter, Eisleben,
Karl Lüttich, Former, Halle,
Otto **Chemnitz, Mechaniker, Wittenberg.**

Ersatzkandidat **Max Benkwitz, Schlosser, Zeitz.**

Die oppositionelle Liste führt die Bezeichnung **B. Einzelstreichungen einer geschlossenen Liste sind nicht statthaft. Die Wähler der Liste B streichen alle Namen auf Liste A (Rößler).**

Die Reformisten haben mit ihrer Liste, die nur von dem Bureaukratenapparate im DMV. aufgestellt ist, **die im Betrieb stehenden Kollegen völlig ausgeschaltet.** Wozu braucht man Proleten auf dem Gewerkschaftskongreß! Die Probleme die uns beschäftigen, die lösen wir unter uns Angestellten, so ist der Wille der Bureaukratie. Kollegen im DMV., die Ihr bedingungslos den Reformisten Gefolgschaft geleistet, habt Ihr keinen eigenen Willen? Der Arbeiter im Betrieb weiß, wo ihm der Schuh drückt, deshalb stand die Opposition auf dem Standpunkt, in der Mehrzahl **Vertrauensmänner aus dem Betrieb aufzustellen.** Auf der oppositionellen Liste kandidieren drei Genossen aus dem Betrieb. **Ueber 10 Jahre gehören sie dem DMV. an und sind langjährige erprobte Vertrauensmänner der revolutionären Arbeiterschaft. Die Reformisten betreiben unter der Hand eine niedrige persönliche Hetze.** Genossen im Betrieb, tretet dieser Hetze in geeigneter Weise entgegen. Jeder Kollege des DMV. muß in dieser Woche eine regsame Propaganda im Betrieb und Werkstatt betreiben.

Jeder Lohnerfolg wird zu Wasser werden,

wenn es der Arbeiterschaft nicht gelingt, die neuen Steuern und Zölle abzuwehren.

178,10 Milliarden Mark pro Jahr

sollen dafür aufgebracht werden. Darum achtet darauf, welche Maßnahmen die Gewerkschaften beschließen und was der Verbandstag der Fabrikarbeiter, der jetzt tagt, dazu sagt.

In der Sonnabend-Nummer des **„Volksblatt"** erläßt die SPD.-Fraktion eine **gehässigen Aufruf** gegen die oppositionelle Liste. Diese **schmutzigen** Gesellen glauben einen gemeinen Kampf um die Mandate zum Gewerkschaftskongreß führen zu können. **Obwohl die Opposition noch in keinem Artikel Stellung zur Liste der Reformisten genommen hat,** arbeiten die Sozialdemokraten in ihrem Aufruf mit den schäbigsten Mitteln. Es wimmelt von Gemeinheiten, wie **„oppositionelle Schädlinge", „Nieder mit den Verleumdern"** und noch anderes mehr. Deutlich zeigt sich die **Angst der Reformisten,** ihre Bonzen könnten nicht gewählt werden.

Kollegen und Genossen! Die Opposition hat nicht nötig, zu solch niedrigen Mitteln zu greifen. Unsere Stärke ist unsere **klare Klassenpolitik und unser revolutionärer Wille, die Arbeiterschaft vorwärts zu bringen.** Der letzte oppositionelle Metallarbeiter, überhaupt jeder Gewerkschafter, muß werben im Betrieb. Kläre die Kollegen über die reformistische Versackungspolitik auf. Verstärkt täglich die Propaganda. **Sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege am Sonntag, dem 12. Juli, von morgens 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, zur Wahl geht und seine Stimme abgibt für die Liste B mit den Kandidaten**

Lademann, Lüttich, Chemnitz, Benkwitz.

Auf jeden Stimmzettel werden die Namen der Liste A (Rößler) gestrichen, dann gilt die Liste B (Lademann) für gewählt.
Genossen, am Sonntag alle Kräfte auf die DMV.-Wahl konzentriert.

Rastlose Arbeit verbürgt den Sieg der Opposition.

Die Bezirksfraktion im DMV. Halle und Magdeburg-Anhalt.

Unser Saison-
Ausverkauf beginnt

So billig kaufen Sie nie wieder

HAC 43

Mittwoch, den 8. Juli 1925, vorm. 9 Uhr 2119

Friedrich Oehlschläger

nur Leipziger Straße 3

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.**

Die Sitzung der BL. findet diesmal ausnahmsweise Dienstag, den 7. Juli, abends pünktlich 6½ Uhr, im Sitzungszimmer der Bezirksleitung statt. Wir erwarten, daß alles pünktlich erscheint.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Arbeitsausschußsitzung. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, in der „Produktiv". Alle dazu gehörigen Genossen haben unbedingt zu erscheinen.

Distrikt 17. Distriktsversammlung am Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, in der „Eiche". Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

Oberbezirk Mitte. Zweiter Informationsabend am Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette". Thema: Der imperialistische Staat. Alle Genossinnen und Genossen haben die Pflicht, an diesem Informationsabend teilzunehmen.

Stadtverordnetenfraktion. Sitzung am Donnerstag, 9. Juli, 7 Uhr abends, an bekannter Stelle.

Lettin. Mitgliederversammlung Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, „Zur Erholung".

Kreis Merseburg-Querfurt

Merseburg. Funktionärsitzung Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, „Funkenburg".

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Prösen. Mitgliederversammlung Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im Parteilokal.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Große Funktionärsitzung Dienstag, 7. Juli, 8 Uhr, „Roter Löwe".
Zeitz. Große Funktionärsitzung der Ortsgruppen Zeitz, Aue, Grana, Rasberg am Freitag, 10. Juli, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge". Die Ortsgruppenführer, Kassierer, Betriebsräte, Fraktionsvorstände, Gewerkschaftsfunktionäre haben restlos zu erscheinen.

Empfehlenswerte Literatur

der **Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14** und deren auswärtigen Filialen

N. Lenin: **Die Kinderkrankheit des „Radikalismus" im Kommunismus** mit Einleitung und Erläuterung versehen von Maslow .... brosch.	1,00
— **Ausgewählte Werke,** Sammelband brosch. 6,00 geb.	8,00
Rußland, Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation	2,70
Die Internationale, Nr. 6	0,50
Ueber die Bolschewisierung der Parteien der K.J., 2. Erg.-Heft zur Internationale	0,30
Warum Arbeiterdelegation? .... brosch.	0,10
Die deutschen Gewerkschaften und der Kampf um die Einheit von Heckert	0,30
Brupbacher: **Kindersegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung**	0,50
Kilian: **Warum die Kirschbäume in Mansfeld im Herbst blutrote Blätter haben.** Bilder aus der Geschichte des Mansfelder Landes	0,50

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Gau- und Ortsvorstand Halle. Sitzung fällt heute aus, findet dafür morgen, Mittwoch, statt.
Abteilung 13. Dienstag, 7. Juli, abends ½8 Uhr, in der „Erholung", Martinsberg. Abteilungsversammlung.
Spielleute. Heute fällt das Ueben aus.
Gauvorstand und Ortsvorstand Halle. Dienstag, 7. Juli, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, kombinierte Sitzung.
Sprechchor. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Probe. Kein Kamerad darf fehlen.

Jungsturm

Werbebezirk 4 (Nord). Mittwoch, 8. Juli, 8 Uhr, im „Volkspark", Funktionärsitzung.

Unterbezirk Saalkreis

Werbebezirk Seeben. Mittwoch, 8. Juli, Werbebezirksversammlung in Sennewitz. Jede Ortsgruppe muß erscheinen.
Könnern. Dienstag, 9. Juli, 8 Uhr, „Bürgergarten", Pflichtversammlung. Alles erscheinen, da Vorstandswahl.

Unterbezirk Merseburg

Frankleben. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, findet in Runstedt, Gasthof Wolf, unsere Mitgliederversammlung statt.
Rattmansdorf. Donnerstag, 9. Juli, 8 Uhr, Mitglieder-Pflichtversammlung.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 7 Uhr, Gesellschaftshaus, Mitglieder-Pflichtversammlung.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Jungsturm. Dienstag, 7. Juli, Funktionärsitzung. Treffen ½8 Uhr Rosalskyweg. Die Jungsturmversammlung am Mittwoch fällt aus.
Weißenfels. Mittwoch, 8. Juli, 8 Uhr, Diskussionsabend sämtlicher Funktionäre. Treffen ½8 Uhr Rosalskyweg.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 8. Juli, 8 Uhr, „Herberge": Antreten zum Pflichtausmarsch.

Beginn: Dienstag, 7. Juli

Großer Saison-Ausverkauf

Teilweise bis zur **Hälfte herabgesetzt sind die Preise für meine bekannt guten Qualitäten**

1053

Einige Beispiele:

Kostüme aus soliden Stoffen jetzt von	7⁵⁰ an	**Waschmusseline** neue Muster 95	65 ₰	**Hemdentuche** . . Meter 75 und	65 ₰
Kostüme aus reinwollenen Stoffen jetzt 27,50	18⁵⁰	**Wollmusseline** aparte Muster 3,50	2⁵⁰	**Bettkattun** bunt . Meter 95 und	85 ₰
Damenmäntel a. haltbar. Stoffen 15,00 9,50	5⁵⁰	**Zephyr** zu Hemden und Blusen .	75 ₰	**Linon** zu Bettbezügen Bettbreite 1,60, Kissenbreite	95 ₰
Damenmäntel aus Gabardine und Tuch 32,00 21,00	16⁵⁰	**Vollvoile**	1⁷⁵	**Fertige Bettücher** . 4,50 3,90	3²⁵
Seiden-Mäntel Ottoman u. Rips	45⁰⁰	**Wollbatist** in schönen Farben . .	2²⁵	**Damenhemden** . . 2,40 1,95	1²⁵
Bw. Waschmusselinkleid. hübsch verarb.	2⁷⁵	**Waschseide**	3⁷⁵	**Hemdhosen**	3⁵⁰
Voile-Kleider	4⁹⁰	**Blusenstoff**	95 ₰	**Prinzeßröcke** 4,50	2²⁵

Beachten Sie die Auslagen in meinen Schaufenstern!

Adolf Gutmann

Jüdenstraße 15 **Weißenfels** Jüdenstraße 15

Beachten Sie die Auslagen in meinen Schaufenstern!

Thalia - Theater
Mittwoch 8 Uhr
Wer weint um Juckenack?
Donnerstag 8 Uhr
Frau ohne Kuß
Freitag 8 Uhr
„Liebe"
Sonnabend 8 Uhr
Frau ohne Kuß

Astoria, Weißenfels
Nur bis Donnerstag Unser Riesen-Doppelprogramm
Ein Werk, wie es noch nicht gezeigt wurde 1056
Die Lawine des Schicksals
oder: **Wölfe des Nordens**
Ein Drama aus den Schneefeldern Alaskas in 5 wuchtigen Akten. Unter Lebensgefahr der Filmoperateure wurde ein Lawinensturz verfilmt, wie er grausiger nicht denkbar ist. Ferner:
Die Prinzessin von Kahirah
Ein gewaltiger Prunk- und Ausstattungsfilm in 6 Akten mit den rauschenden Festen und erbitterten Kämpfen des 12. Jahrhunderts. Außerdem: **Die beliebte Auslandswoche**

Treibriemenleder
Größere Posten eingetroffen, geeignet zu verschiedenen Zwecken, **verkauft billig** *2099
J. Sternlicht, Alter Markt 11 (Goldene Kette)

Volkspark
Heute, Dienstag, abends ¾8 Uhr: 2008
Walzer- und Operetten-Abend
Leitung: Musikdir. Schütze, Leipzig

Schulstraße 13 I
Billig! Billig!
Lüster- u. Sommer-Joppen, Windjacken Hosen und Anzüge in großer Auswahl

1 Dienstmädchen
sowie einen 14 bis 16jährigen Jungen **sucht** 1054
Neupert, Zaucha bei Hohenmölsen

Weißenfels 1077
Am Saalestrand
Heute Schlachtefest
Emil Illig.

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Jede Drucksache
die im Geschäfts- wie Privatverkehr **benötigt wird, liefert die Buch- und** Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es
ist
das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß
immer noch
der Geschäftswelt wie den Vereinen die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer
das beste Werbungsmittel

Weißenfels,
Prima fettes Fleisch sowie **Rauchfleisch Zervelatwurst Blockwurst** und andere **Wurstsorten** in bekannt. Güte empfehlen [974
Gebr. Keßler,
Inh.: Karl Keßler
Marienstr. 21

Jagdverpachtung
Die Jagdverpachtung des gemeinschaftlichen **Jagdbezirkes Stedten** von etwa 275 ha (1100 Morgen) Grundfläche, wird am *2112
18. Juli 1925, nachm. 5 Uhr, im **Gasthof „Zum Hirsch"** hierselbst öffentlich meistbietend verpachtet
Stedten, den 1. Juli 1925
Der Jagdvorsteher
Bollenz, Gemeindevorsteher

Stadtverordneten-Sitzung
findet am
Donnerstag, dem 9. Juli 1925, abends 8 Uhr,
im **Stadtverordneten-Sitzungssaal** statt
Teuchern, den 6. Juli 1925
1055 **Der Magistrat** (Schilken)

Modezeitungen empfehlen die **Volksbuchhandlung**

Schulbücher Schultafeln usw.
empfehl. die **Volksbuchhandlungen**
Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14.

Familien-Nachrichten

Am 4. Juli verstarb infolge eines Unglücksfalles unser Kollege, der Maurer 2110
Adolf Schüler
im Alter von 68 Jahren
Wir werden sein Andenken in Ehren halten
Verband der ausgeschl. Bauarbeiter
Bezirksverein Halle

Nachruf
Am 4. Juli 1925 schied plötzlich und unerwartet unsere Genossin
Marie Gutjahr
im blühenden Alter von 18 Jahren aus dem Leben 1051
Die Verstorbene war eine unserer besten Funktionärinnen und hat sich durch ihr ruhiges und aufopferndes Wesen die Beliebtheit der ganzen Mitgliedschaft erworben. Die Organisation wird ihrer immer gedenken
Kommunistische Jugend
Ortsgruppe **Weißenfels**

Die Einäscherung des Herrn Max Bürger findet Mittwoch, nachm. 2½ Uhr in der kleinen Kapelle des Gertrauden-Friedhofes statt.

Zeitungsträger
für **Zappendorf** gesucht. Schriftliche Meldungen „Klassenkampf", Halle

Bekanntmachung

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 30 901 bis 37 266 (Pfandscheine in blauem Druck) wird vom **Dienstag, dem 4. Aug.,** von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden

Versteigert werden **Taschenuhren** aller Art, sonstige **Gold- und Silbergegenstände,** ferner **Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk,** neue und getragene **Kleidungsstücke, Zigarren** und verschiedene andere Sachen

Halle a. d. S., den 6. Juli 1925 251

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0004
DFG

Die Betriebszelle, der Stab der Arbeiter im Klassenkampf

Von russischen Arbeitern den deutschen Proleten zum Vorbild geschrieben

Wir veröffentlichen hiermit einen Bericht, den die Betriebszelle der Leningrader Staatlichen Geschütz- und Gußstahlwerke „Bolschewik" an die Betriebszelle der KPD. der Deutschen Werft „Finkenwerder" sandte. Diesen Bericht sollen unsere Genossen unbedingt lesen, die hier gezeigten Beispiele so weit wie möglich im eigenen Betrieb anzuwenden versuchen und die am Ende dieses Berichtes ausgesprochene Bitte der Ihr an die Redaktion des „Klassenkampf".

3606/4 S/Sch.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Kollektiv der KPR. (Bolschewik) in den Leningrader Staatlichen Geschütz, und Gußstahlwerken „Bolschewik". 2. Juni 1925. Nr. 4/C.

Werte Genossen!

Vor allem empfangt einen brüderlichen kommunistischen Gruß von uns russischen kommunistischen Proletariern der Werke „Bolschewik"

Die Werke „Bolschewik" (früher „Obuchoff-Werke") bestehen seit 1863, wurden durch das Kriegs- und Marineministerium errichtet und speziell zwecks Befriedigung der militärischen Bedürfnisse des zaristischen, militaristischen Rußland ausgerüstet. Während ihres ganzen Bestehens seit 1863 bis einschließlich 1921 beschäftigten sich die Werke fast ausschließlich mit der Herstellung von Ausrüstungsgegenständen für Marine und Armee. Gegenwärtig haben die Werke 3918 Arbeiter und Angestellte.

Die Werke liegen am Rande der Stadt Leningrad, hinter der Newskaja Sastawa, am Ufer der Newa, etwa 15 bis 17 Werst vom Zentrum entfernt. Früher, zu Zarenzeiten, hatten die Arbeiter der Werke (in der Anfangsperiode der Tätigkeit derselben) keinerlei Verbindung mit der Stadt, außer durch Verkehr mit Fuhrwerken. Nach einigen Jahren bekamen sie dann eine Eisenbahnverbindung und nach einigen Jahrzehnten baute die Stadtverwaltung eine Verbindung, eine englpurige Eisenbahn, die mit der Schnelligkeit einer Schildkröte verkehrte; **eine Reise in die Stadt und zurück erforderte einen Zeitaufwand von 6 bis 7 Stunden. Gegenwärtig sind die Werke mit der Stadt durch die Straßenbahn verbunden, die nach der Oktoberrevolution von 1917 durch die Sowjetmacht gebaut wurde. Sie ist eine proletarische Errungenschaft auf dem Gebiete der Besserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und gibt den Arbeitern die Möglichkeit, auch im Zentrum der Stadt wohnen zu können und die andererseits es den in der Nähe der Werke lebenden Arbeitern ermöglicht, sich der Kulturerrungenschaften der Stadt (Theater, Museen usw.) zu bedienen.**

Einen hohen Prozentsatz der Belegschaft bildeten im Moment der Februarrevolution von 1917 nicht reine Proletarier, sondern Bauern, Angehörige der Kleinbourgeoisie und ähnliche Elemente, die in die Werke strömten — um so mehr, da diese staatlich waren —, um sich auf diese Weise von der Armee und vom Frontdienst zu befreien. Außerdem gab es infolge der weiten Entfernung von der Stadt unter den Arbeitern eine bedeutende Anzahl solcher, die in den in der Nähe der Werke liegenden Dörfern eine Bauernwirtschaft betrieben. Im allgemeinen war in der Zusammensetzung der Belegschaft der Werke zur Zeit der Februarrevolution 1917 und auch noch zur Zeit der Oktoberrevolution 1918 das kleinbürgerliche Element vorwiegend. Eine solche Zusammensetzung der Arbeiter bildete für die Sozialschwindler (Menschewiki und SR.) einen günstigen Boden, auf dem, im Gegensatz zur Tätigkeit unserer Zelle, sie ihren opportunistischen Einfluß ausüben konnten. Allerdings waren die Arbeiter der Werke, als der Sturm der Februarrevolution 1917 losging, nicht die letzten in den Reihen der gegen die Meuten des absolutistischen Systems kämpfenden Proletarier.

Der Kampf war zu Ende, die Stützen des Absolutismus, der Monarchie, waren gestürzt. Es kam die Zeit, wo die Bourgeoisie das Land verwaltete.

Das Blut, das die Proletarier im Kampfe mit dem Absolutismus vergossen, gerechte der Bourgeoisie zum Nutzen, die die Staatsmacht im Land in ihre Hände nahm. Die Verräter der Arbeiterklasse, die SR., Menschewiki und sonstiges opportunistisches Gesindel (vom Schlage Eurer Sozialdemokraten) die behaupteten, ein Paradies auf Erden für die Arbeiter und alle Werktätigen erkämpfen zu wollen, entfalteten eine Agitation für die Bourgeoisie und unterstützten dies mit allen Mitteln.

Den Sozialverrätern gegenüber führte unsere Parteizelle einen erbitterten Kampf, um einen Einfluß auf die Arbeitermassen der Werke zu gewinnen. Trotz der energischen Tätigkeit der Zelle fanden wir aber unter den durch den Opportunismus der Sozialschwindler betörten Arbeitern unserer Werke in den ersten Monaten nach der Februarrevolution keinen starken Widerhall. Die Zelle unserer Partei bestand zu dieser Zeit aus etwa 40—50 der Sache ergebenen, mit der Arbeitermasse der Werke eng verknüpften revolutionären Arbeitern.

Die bürgerliche provisorische Regierung schlug zusammen mit den Sozialverrätern einen Kurs nach rechts ein, hob die durch die Februarrevolution errungenen Freiheitsrechte auf und wollte an den Fronten des imperialistischen Krieges den Krieg bis zum vollen Siege fortführen.

Unsere Partei entfaltete hingegen im Wege der Betriebszelle eine unermüdliche und breitangelegte Agitation für Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg, der geführt werden sollte gegen die Unterdrücker, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer für die Macht der Arbeiter- und Bauernräte, für unentgeltliche Uebergabe des Bodens an die Bauern, für Arbeiterkontrolle über die Produktion der Betriebe usw.

Dank der hingebungsvollen Arbeit unserer, in den Zellen der Betriebe und Regimenter organisierten Parteimitglieder hat die Partei einen vorherrschenden Einfluß auf die Arbeiter- und Bauernmassen gewonnen. Trotzdem sie nach dem 3. bis 5. Juli 1917 ein halb illegales Dasein führte, befreite sie die Arbeiter und Bauern doch vom Einfluß der opportunistischen und schauvinistischen Betörung seitens der „Volksfreunde", der Sozialopportunisten.

Die Parteizelle der Werke wuchs zahlenmäßig und ihr Einfluß auf die Arbeitermassen der Werke breitete sich immer mehr aus. Neben der Agitation unter den breiten Massen führte die Partei durch die Zellen einen heldenmütigen Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften und anderer Organisationen, der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten von innen heraus. Diese Organisationen befanden sich anfänglich, nach der Februarrevolution, in erdrückender Mehrheit in den Händen der Sozialverräter. Das Steuer der Staatsverwaltung, das die provisorische Koalitionsregierung nach rechts gedreht hatte, geriet ins Schwanken. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen in den meisten Industriezentren (Leningrad, Moskau, Dembassin, Baku usw.) stellten sich auf die Seite unserer Partei. Der Einfluß und die Führung in den Arbeiter- und Soldatenorganisationen fing an, in die Hände unserer Partei überzugehen. Fast alle bewaffneten Kräfte der zaristischen Armee gingen auf unsere Seite über.

Die durch die Parteizellen in den Betrieben geschaffenen Abteilungen der „Roten Garde" waren illegal schon vorhanden, die „Rote Garde" unserer Werke zählte z. B. 250 Mann.

Es kam der historische Moment der Machtergreifung. Unter der genialen Führung unseres Lehrers Wladimir Iljitsch Lenin ergriff unsere Partei am 25. Oktober 1917 die Macht. Zu dieser Zeit bekam die Zelle in den Werken noch eine größere Bedeutung. Die Betriebszelle wurde zum Kampfstich, d. h. zum Mittelpunkt der Werke. Sie bildete aus den Arbeitern bewaffnete Abteilungen, schickte sie an die Front zum Kampf gegen die imperialistischen Truppen (im besonderen mit den Cutrigen) und mit den inneren Feinden der Revolution. Die Jahre 1917 bis 1921 sind Jahre revolutionärer Kämpfe, die gegen die innere und gegen die internationale Konterrevolution geführt wurden. Die Zelle formierte aus den Arbeitern eine Abteilung nach der anderen und sandte sie an die Verpflegungsfront oder an die Front des Bürgerkrieges und mobilisierte gleichzeitig alle Kräfte der Arbeiter zur Herstellung von Munition für die „Rote Armee" unter den Verhältnissen einer verzweifelt schlechten Verpflegungslage, die eine Folge der allgemeinen Verpflegungskrise war.

Das Jahr 1921 war das Jahr des Sieges über die Konterrevolution an den äußeren und inneren Fronten. Damit kam die Zeit einer noch komplizierteren, einer hartnäckigen Arbeit an der Front, die Wiederherstellung der während der Jahre des imperialistischen und Bürgerkrieges zerstörten Volkswirtschaft. Die für die Herstellung von Vernichtungsmitteln bestimmte Einrichtung unserer Werke wurde während der vier Jahre des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und wird jetzt auf eine friedliche Produktion, auf die Herstellung von Traktoren, optischen und mechanischen Instrumenten, Pflugmotoren usw. umgestellt. Und wir haben an dieser Front der Stärkung der Industrie schon Erfolge erzielt. **In der Produktion (wie in jedem Arbeitszweig unserer Partei) ist die Zelle zusammen mit dem Betriebsrat Organisator der Arbeitermassen,** so auf dem Gebiete der Organisierung der Arbeit und des kollektiven Schaffens und auf dem Gebiete der Wiederherstellung der Produktion der Werke usw.

Die Parteizelle der Werke zählt gegenwärtig 502 Mitglieder und Kandidaten der Partei. In bezug auf die Dauer der Zugehörigkeit zur Partei bietet die Zelle folgendes Bild:

Parteizugehörigkeit	1902	03	04	05	15	17	18	19	20	21	22	23	24	Insgesamt
Mitgl. d. KPR.	1	1	1	1	1	22	15	36	27	6	3	3	74	191
Kandidaten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	302	311
Insgesamt	1	1	1	1	1	22	15	36	27	6	3	12	376	502

Aus dieser Aufstellung über die Zusammensetzung der Zellenmitglieder geht hervor, daß die Hauptmasse der Zelle aus Mitgliedern und Kandidaten aus dem Jahre 1924 besteht. **Der Tod des geliebten Führers und Lehrers der Arbeiterklasse, Lenin, hat einen starken Widerhall unter der Arbeiterklasse geweckt, und die Arbeiter beantworten diesen Schlag mit einem Massaeintritt zur Leninschen KPD.** Der Zustrom der Arbeiter hört nicht auf, sondern wird im Gegenteil immer stärker. Die Beitritte zur Partei gingen in der folgenden Weise vor sich: Nach dem Tode des Genossen Lenin (21. Januar 1924) bis zum 1. Februar 1925 ersuchten 814 Personen um Aufnahme in die Partei, davon wurden 621 als Kandidaten aufgenommen, zum Teil vorläufig bis zur Prüfung ihrer Aufrichtigkeit, zum Teil wurde die Aufnahme aus verschiedenen Gründen völlig verweigert. 292 Mann haben vorläufig vom Rayon-Komitee keine Parteidokumente erhalten, da das Rayon-Komitee noch mit der Ueberprüfung der Beschlüsse der Zelle beschäftigt ist.

Nach Monaten verteilt sich der Beitritt zur Partei folgendermaßen:

Zeitpunkt der Eingaben der Arbeiter um Aufnahme in die Partei:

1924: I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.	1925: I.	Insgesamt
3	108	116	44	23	41	16	22	35	22	26	59	238	814

Das Wachstum der Zelle durch den Eintritt von Arbeitern aus den Betrieben einerseits und ein teilweises Wiederaufleben der durch den Genossen Trotzki widerspiegelnden, kleinbürgerlichen Tendenzen in den nicht proletarischen Schichten der Partei, stellte die Zellen vor die Aufgaben, den Mitgliedern der Zelle und den diesen Wunsch hegenden Parteilosen eine politische Bildung auf Grundlage des Marxismus und Leninismus zu verleihen. Diese Bildungsarbeit, die seit Februar 1924 entfaltet wurde, zeigt das folgende Bild:

Namen d. Zirkel	Zahl d. Zirkel	Gesamtzahl d. Hörer	Männer	Frauen	Partei	Kandidaten	Parteilose
Kurzfristige	3	128	92	6	19	51	58
Normale	2	82	61	21	17	35	30
Arbeiterinnenzirkel	1	20	—	20	—	6	14
Marxistische	1	21	20	1	20	1	—
Insgesamt:	7	251	173	48	56	93	72

Die Arbeit in diesen Zirkeln und politischen Schulen wurde, gemäß dem Programm, bis zum 15. Mai 1924 beendet und nachher wurden noch folgende Zirkel organisiert:

Namen d. Zirkel	Zahl d. Zirkel	Gesamtzahl d. Hörer	Männer	Frauen	Mitgl. d. KPR	Kandidaten	Parteilose
Kurzfristige	4	98	87	11	—	36	62
Normale	1	36	35	1	1	33	2
Insgesamt:	5	134	122	12	1	69	64

Trotz der Sommerzeit arbeiten die Parteikandidaten und ein Teil der Parteilosen sehr fleißig.

Ueber die gegenwärtige politische Lehrtätigkeit der Zelle gibt die folgende Aufstellung ein Bild:

Namen d. Zirkel	Zahl d. Zirkel	Gesamtzahl d. Hörer	Männer	Frauen	Mitgl. d. KPR.	Kandidaten	Parteilose
Marxistisch-leninistische	2	60	51	9	15	20	25
Normal-Parteischulen	4	139	126	13	20	92	27
Kurzfristige Parteischulen	7	233	193	40	6	78	145
Zirkel für politische Selbstbildung	2	35	35	—	18	12	5
Frauenzirkel	2	55	—	55	—	3	52
Zirkel für Studium d. Dorfes	1	39	39	—	6	15	18
Insgesamt:	18	561	444	117	65	220	276

Die obigen Angaben zeigen, daß noch nicht alle Zellenmitglieder durch die Bildungsarbeit erfaßt sind. Das erklärt sich aber dadurch, daß die Zelle und das Rayon-Komitee nicht genügend Propagandisten und Leiter für die Zirkel zur Verfügung haben, da die Bildungsarbeit bei den übrigen Betriebszellen in Leningrad in nicht geringem Maße entwickelt ist.

Außer der politischen Aufklärung steht die Zelle vor der Aufgabe, alle Mitglieder der Zelle zur aktiven praktischen Parteiarbeit heranzuziehen, worüber die folgende Aufstellung eine Vorstellung gibt:

Bezeichnung der geleisteten Parteiarbeit	Parteizugehörigkeit zur KPR.	Kand. d. KPD.	ingesamt
Parteiarbeit	62	31	93
Genossenschaftliche Arbeit	21	11	32
Kultur- u. Aufklärungsarbeit	42	34	76
Wohnungsgenossenschaftswesen	37	16	53
Gewerkschaftsarbeit	42	50	92
Oeffentl. Betätigung (Kulturzusammenschluß mit der Bauernschaft, Freunde der Luftflotte, IKH., Verein f. Chem. Abwehr usw.)	125	169	294
Insgesamt	329	311	640

Aus dieser Tabelle geht hervor, wie viel, und zwar äußerst mannigfaltige Funktionen die Gesamtzelle ausübt. Die Verteilung dieser Funktionen unter den Zellenmitgliedern ist die folgende:

Parteizugehörigkeit	Zahl der auf eine Person entfallenden Funktionen: Insgesamt	1	2	3	4	5	6	7
Mitglieder der KPR.	74	36	23	11	6	2	4	
Kandidaten	88	33	23	12	4	1	2	
Insgesamt	162	69	46	23	10	3	6	

Hieraus geht hervor, daß sich noch nicht alle Mitglieder der Zelle an der praktischen Partei- und öffentlichen Arbeit beteiligen, während einige gleichzeitig mehrere Funktionen ausüben. Losung der Parteizelle ist:

Es darf kein Parteimitglied ohne Funktion geben.

Und wir beabsichtigen, diese Losung restlos zu verwirklichen.

Die Betriebszelle hat in den einzelnen Werkstätten 13 Parteizellen mit gewählten Bureaus, bestehend aus 5 bis 7 Mitgliedern und einem verantwortlichen Sekretär. Die Zahl der Mitglieder der Werkstättenbureaus wird gemäß der Zahl der in der betreffenden Werkstätte beschäftigten Parteimitglieder bestimmt. Die Betriebszelle und ihr Bureau entfalten eine Massenarbeit unter den Arbeitern der einzelnen Werkstätten.

Wir haben in obigem in allgemeinen Zügen die Rolle der Betriebszelle im revolutionären Kampf unserer Partei und ihrer gegenwärtigen Arbeit auf den einzelnen Gebieten geschildert. Wir halten es auch für notwendig, in kurzen Zügen die Rolle und Tätigkeit unseres Betriebsrates zu schildern, der aus 13 Mitgliedern besteht, von denen 7 Mitglieder und Kandidaten der KAP. und die übrigen parteilos sind.

Der Betriebsrat ist die grundlegende Organisation des Metallarbeiterverbandes, einer der wichtigsten Hebel unserer Arbeit im Betrieb. Die Massenarbeit des Betriebsrates wird durch die kommunistische Fraktion, durch die Zelle geleitet. Der Betriebsrat nimmt regsten Anteil an der Arbeit des Betriebes; er hat eine besondere Betriebskommission, die aus aktiven Teilnehmern der Betriebsberatungen (Arbeiter, technisches Personal und Angestellte des Betriebes) die die Organisierung der Produktion und die Beseitigung der Mängel: untaugliche Produkte, überflüssige Betriebskosten usw. zum Zweck haben, gewählt wird. Die Produktionskommission des Betriebsrates steht mit den Arbeitermassen der einzelnen Werkstätten durch ebensolche Kommissionen, die auf der gleichen Grundlage organisiert sind, in Verbindung, stellt alle Mängel des Betriebes fest, beseitigt beim Selbst-Mitarbeiten im Betrieb diese Mängel, beteiligt sich an der Ausarbeitung der Produktionspläne des Betriebes usw.

Die Tätigkeit des Betriebsrats auf dem Gebiet der Hebung des Kulturniveaus der breiten Arbeitermassen wird im Geiste des Kommunismus, durch den Klub und seinen Zirkel entfaltet.

Im Klub gibt es folgende Zirkel (außer den politischen):

Namen d. Zirkel	Zahl d. Zirkel	Gesamtzahl d. Hörer	Männer	Frauen	Mitgl. KPR	Kandidaten
Naturwissenschaftliche	1	12	11	1	2	10
Heimschule	1	26	26	—	3	23
Elektrotechn.	2	86	8	6	6	80
Schach u. Damespiel	1	64	64	—	1	63
Sport	1	404	347	57	28	376
Diese Gruppe besteht sich m. d. verschiedenen Sportszweigen						
Klubzirkel	1	92	72	20	6	86
Chor	1	75	17	58	6	69
Sologesang	1	12	14	8	2	10
Streichorchester	1	28	28	—	3	25
Blasenorchester	1	24	24	—	1	23
Theaterzirkel	1	50	29	21	6	44
Literaturzirkel	1	28	10	18	1	27
Insgesamt	13	901	718	183	65	836

Zusammen mit den politischen Zirkeln sind also durch die Kulturarbeit des Klubs 1462 Personen erfaßt.

Außerdem zieht die Zelle mit Hilfe der kommunistischen Fraktion in den verschiedenen gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und Sowjet-Organisationen die parteilosen Arbeiter zur aktiven Betätigung in diesen Organisationen hinzu. Hierzu gibt das Nachfolgende eine Vorstellung:

Hinzugezogen werden zur genossenschaftlichen Arbeit	23 Personen
Kultur- und Aufklärungsarbeit	60 Personen
gewerkschaftlichen Arbeit	189 Personen
gesellschaftlichen Arbeit (Kulturzusammenschluß und Bauernschaft, IKH., Freunde der chemischen Abwehr, Freunde der Luftflotte)	103 Personen
Insgesamt:	**375 Personen**

Die auf diese Weise sich betätigenden parteilosen Arbeiter üben die folgenden Funktionen aus: **Gewerkschaftsdelegierte, Gewerkschaftsvertreter und Vertreter verschiedener Vereine, Präsidiummitglieder der Betriebs-, Gewerkschafts- und anderer öffentlicher Organisationen usw.** Durch die Klubarbeit sowie die öffentliche Betätigung wird der Arbeiter mit den Aufgaben unserer Partei bekannt, und wenn er dann, nachdem er in der Gewerkschaftsarbeit die Schule des Kommunismus durchgemacht hat, der Partei beitritt, ist er ein schon entsprechend vorbereitetes Mitglied derselben.

Liebe Genossen! Wir schildern in diesem Briefe ganz gedrängt die Ergebnisse gewisser Fragen unserer Arbeit, die wir im Laufe unserer weiteren Korrespondenz ausführlicher und erschöpfender schildern wollen. Außerdem haben wir in diesem Briefe noch sehr viele wichtige Fragen nicht berührt, die unsere Partei gegenwärtig beschäftigen.

Wir unsererseits bitten Euch, uns Euer Leben ausführlich zu schildern. Beschreibt, wie Eure Zelle arbeitet, wie oft sie einberufen wird, schildert die Technik der Versammlungen der Parteizelle, wie bei Euch die Arbeit unter den Zellenmitgliedern verteilt wird, in welcher Weise die Verbindung mit der Wohnbezirksorganisation vor sich geht, wie Ihr den Kampf mit den Opportunisten (den Sozialdemokraten) führt, die wir russischen Arbeiter durch die Oktoberrevolution 1917 zusammen mit der Konstituante auf immer erledigt und begraben haben.

Erzählt uns, wie die parteilosen Arbeiter zur Kommunistischen Partei eingestellt sind, wie sie ihr beitreten und für welche Fragen sie sich am meisten interessieren. Teilt uns ferner mit, ob es bei Euch einen Betriebsrat gibt, wie er arbeitet und wie bei Euch die Kultur- und die gesamte Arbeit überhaupt organisiert ist.

Nehmt noch einmal unseren brüderlichen Gruß entgegen.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!
Es lebe die Kommunistische Internationale!
Es lebe die proletarische Revolution in Deutschland!

Leningrad, 2. Juni 1925.

Das Bureau der Parteizelle der KPR. in den Werken „Bolschewik".

Im Auftrage des Zellenbureaus: Der verantwortliche Sekretär der Parteizelle. gez. Solomjow.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An die Parteimitgliedschaft des Oberbezirks Mitte

Am Donnerstag, dem 9. Juli, abends 8 Uhr, findet in der „Goldenen Kette" der

zweite Informationsabend

statt.

Thema: „Der imperialistische Staat". Referent: Genosse Rosenbaum. Die Genossinnen und Genossen der Distrikte 1, 2, 3, 4, 14 und 15 müssen an diesem Schulungsabend teilnehmen.

B.-L. Halle-Merseburg. Ortsgruppe Halle.

Die drückende Wohnungsnot

Eine Entschließung des Aerztevereins von Halle

Wir haben uns kürzlich schon in einigen Artikeln mit der drückenden Wohnungsnot, die sich in Halle ganz besonders fühlbar macht, beschäftigt und einiges Zahlenmaterial veröffentlicht. Nunmehr hat sich auch der „Verein der Aerzte von Halle" mit diesen unhaltbaren Zuständen beschäftigt und wendet sich in folgender Entschließung an die Abgeordneten der Parlamente:

„Die Wohnungsnot ist in Halle als dem Mittelpunkt des seit 1814 mächtig aufstrebenden mitteldeutschen Industriebezirkes außerordentlich drückend. Tagtäglich hat die Aerzteschaft Gelegenheit die furchtbaren Folgen derselben zu beobachten. Werdende Mütter sehen mit Sorge in völlig unzulänglichen Wohnverhältnissen ihrer Niederkunft entgegen. **Kräftig geborene Kinder verkümmern. Die Tuberkulose nimmt zu.** Die Isolierung von Kranken ist häufig nicht durchzuführen. Die einfachsten Forderungen der Reinlichkeit und Hygiene werden bei der Anhäufung von Menschen in ungenügenden Räumlichkeiten in Frage gestellt. Und mit der Unsauberkeit des äußeren geht die des inneren Menschen Hand in Hand. Die Moral hat durch das häufig zu beobachtende Zusammengedränglein von Menschen beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters in einem einzigen engen Raum unendlichen Schaden genommen. Alle ärztliche Kunst und alle Fürsorgemaßnahmen bleiben Stückwerk, solange nicht die Grundbedingung — eine gesunde Wohnung — vorhanden ist.

Wie uns auf Anfrage von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird die Stadtgemeinde Halle, die an den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds im Rechnungsjahr 1925 — 1½ Millionen Mark abzuführen hat, nach Maßgabe der kürzlich stattgehabten ersten Verteilung nur einen Betrag von etwas über ⅓ Millionen Mark, also nur etwa ein Drittel, zurückerhalten. Rund 1 Millionen Mark oder zwei Drittel werden hiernach dem hallischen Wohnungsmarkt verloren gehen, was bei Zugrundelegung einer Hauszinssteuerhypothek von durchschnittlich 4000 Mk. dem Verlust von 250 Wohnungen gleichzusetzen ist. Dabei weist der hallische Wohnungsmarkt zurzeit einen Fehlbetrag von mindestens 5500 Wohnungen auf; jährlich sind 4 Millionen Mark erforderlich, um wenigstens die Bautätigkeit der Vorkriegszeit, nämlich die Erstellung von 1000 Neubauwohnungen im Jahresdurchschnitt, zu erreichen. Zurzeit stehen nur 2,5 Millionen Mark (2 Millionen Mark Gemeindeanteil und 0,5 Millionen Mark aus dem Wohnungsfürsorgefonds) bereit.

Von der staatlichen Wohnungspolitik müssen wir daher mit Ernst und Nachdruck verlangen, daß unserem Notstandsbezirk zum mindesten die Mittel zuzuteilen kommen, die er selbst aufbringt, damit durch gesteigerte Bautätigkeit, welche allein dem Wohnungselend abzuhelfen vermag, die schlimmsten Folgen der Wohnungsnot endlich beseitigt werden. Das Bestreben der staatlichen Wohnungspolitik, gute und einwandfreie Neubauwohnungen erstehen zu lassen und den Bau ungesunder Mietkasernen zu verhüten, ist anzuerkennen. Die Forderungen des Staates können aber, wie die Erfahrungen der Nachkriegszeit beweisen, auch in Großstädten befriedigt werden. Eine Benachteiligung unserer Stadt, die im Sinne der staatlichen Richtlinien dem Flachbau ihr besonderes Augenmerk zuwendet, daneben freilich aus praktischen Gründen auch Hochbauten herstellt, die jedoch nicht Reihenhäuser, sondern Gruppenbauten mit guter Grundrißlösung und großen Gartenanlagen in gesunder Wohnlage sind, läßt sich aus letztgenannter Tatsache heraus jedenfalls nicht rechtfertigen.

Namens der unter der Wohnungsnot seufzenden Bevölkerung ersuchen wir Magistrat, Regierungspräsidenten und unsere Landtagsabgeordneten dieserhalb, mit besten Kräften und ohne Unterlaß um wirklich ausreichende Ueberweisungen aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds bemüht zu sein. Einen Betrag von zwei Millionen Mark jährlich halten wir für unbedingt erforderlich."

Halle, den 1. Juli 1925.

Der Vorstand des Vereins der Aerzte in Halle. a. d. S.

Dr. Konrad Frick, Sanitätsrat. Dr. Schoen, prakt. Arzt. Chefarzt Dr. Fielitz, Facharzt für Chirurgie. Professor Dr. Stieda, Facharzt für Chirurg. und Orthop. Dr. Mekus, Frauenarzt. Privatdozent Dr. Küstner, für Geb. und Gyn.

Raubzug gegen die Aermsten der Armen

(Arbeiter-Korrespondenz)

Schon seit längerer Zeit wird lebhaft darüber Klage geführt, daß den Rentenempfängern in den städtischen Stiftungen: Hospital und Paul Riebe-Stift, der größte Teil der Altersrente abgenommen wird. Erhält z. B. ein alter Mann 24 Mark Invalidenrente, so ist die Verwaltung der Anstalt so gnädig, dem Manne ganze 6 Mark zu lassen, auch wenn er beim Einzug in das Hospital die Einkaufssumme bezahlt hat. Was fängt der Mann mit 6 Mark an? Die alten Leute sind weder in der Lage, sich ein Kleidungsstück reparieren zu lassen, noch sich irgend ein Stück zu kaufen. Obgleich der größte Teil der Rente von der Verwaltung verlangt wird, sollen die alten Leute, falls sie sich nichts kaufen können und auch die Kinder nicht dazu in der Lage sind, bitten, daß von seiten der Stadt irgend ein Kleidungsstück gnädigst bewilligt wird. Nicht genug damit, daß das Geld verlangt wird, äußerte sich der Inspektor des Hospitals einem alten Manne gegenüber, der seinem Unwillen über das Verlangen, dreiviertel der Rente abzugeben, ausdrückte, die Verwaltung hätte beschlossen: „Wem das nicht paßt, der kann ja ausziehen." Ist dies eine Art und Weise, dem alten Leuten, die wohl früher zum Steuerzahlen gut waren, so entgegenzutreten? Das Hospital, welches große Ländereien besitzt, sollte doch seine Felder so verpachten, daß wenigstens den Rentenempfängern soviel von der Rente bleibt, daß sie nicht noch um Kleider betteln müssen. Zu Veranstaltungen aller Art der Steuerdrückeberger: Pferderennen, Bundesschießen und anderen Lustbarkeiten ist immer Geld vorhanden, aber wo es herkommt, das wissen die wenigsten Hallenser. Nicht nur die Altersrente wird den alten Leuten zum Teil abverlangt, auch diejenigen, welche Unfallrente beziehen, müssen davon die Hälfte abgeben, so daß von einzelnen Beträgen bis zu 46 Mark im Monat verlangt werden. Aber nicht genug damit, daß den Leuten die Rente abgenommen wird. Wenn jemand von den Insassen stirbt und die Angehörigen tragen die Kosten des Begräbnisses selbst, wird die Hälfte des Nachlasses verlangt. Ein größerer Raubzug kann wohl kaum gedacht werden.

Magistrats-Schikane gegen Arbeiterorganisationen

Vom Verkehrsbund wird uns geschrieben:

Der hallische Magistrat scheint in seinem Kampfe gegen die Arbeiterschaft absolut keine Grenze zu finden. Erst vor kurzer Zeit wurde in der Stadtverordnetenversammlung dieses Treiben von der linken Seite des Hauses mit aller Deutlichkeit gekennzeichnet. Aber der hallische Magistrat scheint auf alle Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu pfeifen, wenn es sich darum handelt, der Arbeiterschaft wieder einen Schlag versetzen zu können.

Seit Jahr und Tag hängen in den Werken, vor allem bei der Straßenbahn, von den vertragsschließenden Organisationen Glaskästen aus, in welchen die Organisationen ihre Versammlungseinladungen und sonstige Mitteilungen an die organisierte Arbeiterschaft ergehen lassen. Bisher ist kein Anstoß an diesen Kästen genommen worden und blieb es daher dem Stahlhelmkamerad Dryander vorbehalten, jetzt sämtliche Kästen der Gewerkschaften zu entfernen und ihnen unter dem 30. Juni die Mitteilung zugehen zu lassen, daß sie die Kästen in Empfang nehmen können und daß alle Aushänge nur noch mit Genehmigung und nach Zustimmung der Direktion der Straßenbahn erfolgen könnten.

In ihrem Uebereifer hat nun auch die **Straßenbahnverwaltung den Kasten des Betriebsrates entfernt,** obwohl in jedem Privatbetriebe und nach den gesetzlichen Bestimmungen der Betriebsrat berechtigt ist, für sich eine besondere Tafel für seine Aushänge zu verlangen und weiter eine ganze Anzahl von Schiedssprüchen vorliegen, welche klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß der Betriebsrat zu jeder Zeit Aushänge machen kann. Aber was schert die Straßenbahnverwaltung das Betriebsrätegesetz, hat sie doch schon seit Jahr und Tag versucht, dieses Gesetz zu umgehen und willkürlich zu schalten und zu walten. Auch mit diesem Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft wird die Straßenbahnverwaltung bzw. der Magistrat für sich keine Lorbeeren ernten können, sondern das Gegenteil wird eintreten. Die Arbeiterschaft wird und muß sich immer und immer mehr in ihren zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen zusammenfinden, um gegen den hallischen Magistrat den Kampf aufnehmen zu können.

Deshalb, Straßenbahner, werbt nun erst recht für Eure gewerkschaftliche Organisation zum Trotze des nach privatkapitalistischer Methode gegen Euch kämpfenden hallischen Magistrats.

•

Wir erinnern uns, daß die letzte Stadtverordnetenversammlung einen Antrag des Sozialdemokraten Schaumburg angenommen hat, der folgenden Wortlaut hatte:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Betriebsräten entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen ihre Rechte zu gewähren.

Fraktion der SPD.
ges.: Schaumburg.

Herr Dryander scheint mit seinen Schikanen den Anfang mit „Gewähren von Rechten" zu machen. Die SPD. könnte hieraus die eine Lehre ziehen, daß der Magistrat auf alle Anträge und Beschlüsse pfeift, und wenn er gerade Lust hat, genau das Gegenteil vornimmt von dem, was beschlossen wurde. Der Mut dieser Herrschaften stützt sich aber hauptsächlich mit auf die SPD.-Fraktion, die immer wieder mit den Bürgerlichen paktiert, um „praktische Arbeit" zu leisten. Es könnte anders sein, wenn es die Sozialdemokraten nur wollten. — Aber sie wollen ja gar nicht.

Schrebergärten oder Festsaal?

Wir hatten in unserem letzten Bericht über die Stadtverordnetenversammlung auch ausführlich über die Debatte berichtet, die durch einen Magistratsantrag hervorgerufen wurde, der zur Errichtung eines Bethauses im Osten der Stadt 16 Schrebergärten opfern will. Unsere Genossen lehnten den Antrag ganz entschieden ab und beantragten eine zweite Lesung. Trotzdem wurde der Antrag des Magistrats von der bürgerlichen Mehrheit angenommen und die betroffenen Schrebergärtner würden sicher schon in den nächsten Tagen oder Wochen aus ihren Gärten verjagt, wenn nicht die kommunistische Stadtverordnetenfraktion durch den Antrag auf eine zweite Lesung die Enteignung für einige Monate hinausgeschoben hätte. Die Empörung der Schrebergärtner gegen den Magistratsantrag sowie gegen die Kirche spiegelt sich in einem Schreiben wider, das der Schreberverein Halle-Ost an uns richtet. Es hat folgenden Wortlaut:

Der Schreberverein Halle-Ost e. V. hat in seiner am 30. Juni d. J., anläßlich des Planes, die „Vernichtung von Schrebergärten zum Bau eines Bethauses", einberufenen überfüllten Versammlung sich veranlaßt gesehen, zu den Bauplänen des Kirchenrates der Gemeinde Sankt Ulrich und des Magistrats der Stadt Halle a. d. S., sowie einer Anzahl Stadtverordnete in der Stadtverordnetenversammlung am 29. Juni 1925, Stellung zu nehmen.

Wie der 1. Vorsitzende des Vereins zur Sache ausführte, wächst die Empörung der Mitglieder über das eigenartige Verhalten der öffentlichen Körperschaften immer mehr an. Nachdem bereits im Herbst 1924 auf Ersuchen der Kirchengemeinde durch freiwillige Räumung der Schrebergärten ihr der gewünschte Bauplatz zur Verfügung gestellt worden ist, konnte von keinem der Jetzt mehr das Verlangen der Kirchengemeinde anerkannt und überhaupt verstanden werden, einen weiteren Austausch von Land in dem beabsichtigten Umfang vorzunehmen. Unter anderem erklärte Herr Sanitätsrat Dr. Switalski, daß er als Arzt und Vorstandsmitglied des Kirchenrates das eingeschlagene Verfahren der fraglichen Verbände sich nicht erklären könnte, für das Bauvorhaben noch mehr Schrebergärten zu vernichten, womit sie ihrer eigentlichen Bestimmung, als Erholungsstätten zu dienen, an denen der Osten von Halle so arm ist, endgültig entzogen werden würden. Er verspreche, für Erhaltung der gefährdeten Schrebergärtenanlagen bei den maßgebenden Stellen sich weitgehenst einzusetzen. Höchstes Ziel der Menschheit, namentlich der Großstadtbevölkerung ist es, die Gesundheit zu fördern und zu erhalten, wozu die Schrebergärten besonders geeignet sind.

Nur in einem gesunden Körper wohnt eine gesunde Seele.

Die weiteren Ausführungen des Abends ließen eindeutig erkennen, daß der Schreberverein Halle-Ost sich gegen die Vernichtung seiner Anlage verwahrt und die Mitglieder bereit sind, den Kampf bis zum äußersten aufzunehmen. Die Besitzer von Schrebergärten verlangten als Kirchenmitglieder und Steuerzahler unbedingte Berücksichtigung ihrer lebenswichtigen Interessen, andernfalls steht schärfster Kampf und Austritt aus der Kirche zu erwarten. Folgender Antrag aus der Versammlung wurde von 150 Mitgliedern gegen 3 Stimmen angenommen:

„Der Vorstand wird beauftragt, die Erhaltung der Anlage mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Mitglieder fordern öffentliche Protestversammlung und Kampf bis zum Austritt aus der Kirche."

Die Schrebergärtner müssen sich darüber klar sein, daß es nicht bei papiernen Protesten bleiben darf, wenn sie nicht ihr kleines Stückchen Garten, an dem sicher alle mit Lust und Liebe gearbeitet haben, verlustig gehen wollen. Sie müssen auch die anderen Schrebergartenvereine für ihren Protest interessieren, denn es kann in kurzer Zeit anderen Vereinen genau so ergehen. Bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung müssen alle Schrebergärtner Vorbereitungen treffen, um den Magistratsantrag zu Fall zu bringen. Die Kommunisten werden sich rückhaltlos für die Interessen der Schrebergärtner einsetzen. Was für Parteien gegen die Schrebergärtner stimmen, davon kann man sich als Tribünenbesucher selbst überzeugen.

Der Bruder Schi-Fung-Kohls

Des Volksblättchens großer Bruder in Berlin, der „Vorwärts" (wir gehen zum Hindenburg), leistet sich den Spaß, den angeblichen Aufruf einer angeblichen „Chinesischen Sozialdemokratischen Partei" in Europa (!) aus Paris (!) zu veröffentlichen. Es ist ganz selbstverständlich, daß der „Vorwärts" mit diesem Artikel nichts anderes als eine Sowjethetze bezweckt. So faselt dieser Aufruf u. a. von einem „roten Imperialismus der Sowjetregierung". Wir möchten den sozialdemokratischen Schi-Fung-Kohlköpfen empfehlen, nach China zu reisen und dort einmal vom „roten Imperialismus" zu quatschen. Die chinesischen Arbeiter und Studenten würden ihnen darauf eine Antwort erteilen, daß ihnen Hören und Sehen verginge.

Wichtig ist noch, festzustellen, daß es eine chinesische Sozialdemokratische Partei überhaupt nicht gibt, so gut wie jener Max Müller, der dem Hindenburg-„Vorwärts" brieflich Kommunistenhetze geliefert hat, nur das Hirngespinst eines „Vorwärts"-Kohlkopfes war. Wenn Max Müller nur nicht mit dem „chinesischen Sozialdemokraten" Schi-Fung-Kohl identisch ist!

Kommunistische Metallarbeiter!

Heute, Dienstag, abend 8 Uhr, wichtige Sitzung der kommunistischen Metallarbeiter im „Volkspark". Alle Parteigenossen müssen teilnehmen.

Lumpen

Eine Infamie leistet sich das „Volksblatt" in seiner gestrigen Nummer. Unter der Ueberschrift „Der Amnestieschwindel der KPD." bringt es einen Artikel gegen die Amnestieaktion, der an Niederträchtigkeit und Gemeinheit alle bisherigen in den Schatten stellt. Unter anderem wird in diesem Artikel ein Brief eines angeblichen städtischen Arbeiters zum Abdruck gebracht, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Seit einiger Zeit sucht die KPD. Dumme zu bewegen, ihre Namen auf eine Liste zu schreiben, um so eine Amnestierung für die durch die Verbrechertatik der KPD.-Bonzen eingekerkerten Opfer herbeizuführen. — —

Wer kontrolliert diese Listen auf die Richtigkeit, ob derjenige auch seinen Namen selbst aufgeschrieben, dessen Name auf der Liste steht und in wie viele Listen der Name eingeschrieben wird? (!!)

Hätte ich auf jede der Listen meinen Namen gesetzt, so wären das drei Stimmen gewesen, und wie oft wird das von den Abgesandten der KPD. versucht werden. Glückt dieses Manöver, dann schreibt der „Klassenkampf": „Tausende und aber Tausende fordern die Freilassung der Unschuldigen, die durch den Verrat der SPD. in den Gefängnissen schmachten." Daß aber das feige Gesindel in der „Klassenkampf"-Redaktion und die Oberbonzen die einzigen Schuldigen sind, verschweigen diese Kreaturen. — — Natürlich war ich nicht bereit, mit meiner Familie auf den Schwindel reinzufallen. (!!!) Noch besser ging es auf der Arbeitsstelle zu: Sitzt dort der Vertrauensmann der KPD., ein vollblütiger Roter Frontkämpfer, und schreibt einfach Namen über Namen auf. Ob die Betreffenden ihre Einwilligung dazu gegeben haben, steht auf einem anderen Blatte, denn ich habe festgestellt, daß der Betreffende mitten in der Arbeitseinteilung seine Liste herausholte und noch Namen auf diese eintrug. Auf diese Weise wird den kommunistischen Lesern eine große Zahl vorgegaunert. Wenn es aber darauf ankommt, den Beweis anzutreten, verschwinden die Falschmünzer. — —

Der Leitung der KPD. ist es doch nicht um Freilassung der Gefangenen zu tun, als vielmehr der Mitläuferschaft zu zeigen, wie viele Ahnungslose auf den Trick reingefallen sind. Für uns Mitglieder der SPD. gilt doch nur der Weg, den unsere gewählten Vertreter in den Parlamenten beschritten haben. A. S.

Ganz deutlich tritt beim Lesen dieser Schmutzereien zutage, daß dieser Brief von keinem Arbeiter, sondern vielmehr von jenem traurigen Gesellen geschrieben wurde, der als Denunziant und Lügner weit über den Bezirk Halle-Merseburg verschrien ist. Diesem Lumpen paßt es nicht, daß die Unterschriftensammlung von Erfolg begleitet ist, und aus diesem Grunde sucht er in der bekannten Art und Weise Verdächtigungen auszustreuen, die in keiner Weise bewiesen werden können, weil es Lügen sind. Das „Volksblatt" mag den Beweis anreten, wenn es nicht als Verleumder gelten will.

Für die Redaktion des „Klassenkampf" ist es widerwärtig, sich immer und immer wieder mit diesem traurigen Burschen abgeben zu müssen. Auf derartige arbeiterfeindliche Sudeleien gibt es nur eine Antwort, vor der man wiederum zurückschreckt, weil man mit dem Menschen dadurch in Berührung kommt und vom Ekel geschüttelt werden könnte. Auch ein SPD.-Arbeiter, soweit er auch nur einen Funken Klassenbewußtsein hat, muß sich von dieser Sudelei nach Gemeinheit abwenden. Man sollte diesen notorischen Verleumdern und Denunzianten eine Antwort geben, an der sie für immer genug hätten.

Die „barmherzige" „Hallesche Zeitung"

Die „sittliche Erneuerung" Deutschlands hat in Halle scheinbar bei der „Halleschen Zeitung" ihren Anfang genommen. „Sittliche Erneuerung", dazu gehört u. a. auch Barmherzigkeit gegen — nicht etwa gegen Menschen, sondern gegen die Tiere. Nach den „Halleschen Zeitung" kommen erst die Tiere und hiernach **vielleicht** auch noch die Menschen. Unter der Ueberschrift „Brauchen wir einen Tierschutzsonntag?" bringt die „Barmherzige Schwester" einen Artikel, dem wir zur Charakteristik folgende Stellen entnehmen:

„Wir möchten hier in dieser Richtung eine Anregung geben: die Schaffung eines Tierschutzsonntages. Das geht vor allen Dingen die Herren Geistlichen an und die kirchlichen Kreise, die Einfluß auf die Durchführung eines solchen Tages haben. Es muß immer wieder betont werden, daß jedes Tier, ob groß, ob klein, ein Geschöpf Gottes ist, das nicht gequält werden darf. Es erst spricht nicht den einfachsten sittlichen Erfordernissen, wenn sich die Roheit leidenschaftlicher Menschen am wehrlosen Tier austoben darf. Barmherzigkeit muß die Grundlage der neuen Weltordnung werden, damit durch dieses Vorbild, auch unsere Kinder besonders, sittliche Veredelung empfangen. Der Kindergottesdienst ist dafür die gewiesene Stätte.

Es würde sich verlohnen, auch einen Tierschutzsonntag ins Auge zu fassen, an dem von allen Kanzeln herab darauf hingewiesen werden könnte, daß sich der Gerechte auch seines Viehs erbarmt. Vielleicht ist der 4. Sonntag nach Trinitatis oder einer der folgenden eine passende Gelegenheit, auf die Pflichten der Menschen gegenüber der Tierwelt hinzuweisen, daß man vor allem die Haustiere nur in vernünftiger Weise benutzen solle, daß man ihnen einen reinlichen Stall gibt, sie gut pflegt und, wenn es nötig ist, ihnen den Tod rasch und schmerzlos bereitet. Es ist erfreulich, daß sich der Weltbund der Kirchen für die Feier eines solchen Sonntages ausgesprochen hat, und es wäre zu wünschen, daß in gemeinsamer Beratung ein Sonntag festgelegt wird, an dem des Tieres und seines Wertes gedacht wird."

Der Arbeiter wird beim Lesen dieses Geschreibsels nicht recht wissen, ob Zynismus oder Geistesarmut die Hauptbestandteile dieses Artikels bilden. Soviel Heuchelei auf einmal läßt sich wirklich schlecht verdauen. Hat die „Hallesche Zeitung" schon einmal, auch nur mit einem Wort aufgefordert, den Arbeitern, die man schlimmer wie ein Arbeitstier behandelt, menschenwürdige Zustände zu schaffen? Hat sie schon einmal an die vielen Proletarierfrauen und Mütter gedacht, die mit ansehen müssen, wie ihre Kinder dahinsiechen, ohne von irgendeiner Seite Hilfe zu erhalten, während die kleinen Möpse und andere Schoßhündchen **der „vornehmen Damen" die Milch literweise zu saufen, und zum Fressen Speisen vorgesetzt erhalten, die noch niemals ein Arbeiter auch nur gekostet hat?** Die „Hallesche Zeitung" schon einmal an die **Polizeihunde gedacht, für die der Staat pro Woche und Hund 7,50 Mark übrig hat und im Gegensatz hierzu an die vielen Kriegsbeschädigten, die Arbeitsinvaliden, die kriegshinterbliebenen Witwen und Waisen, die durch einen Riesenbetrug völlig verarmten Sparer, denen allen es heute weit schlechter geht als einem Tier?**

Selbstverständlich ist es menschliche Pflicht, ein Arbeitstier nach Möglichkeit zu schonen, aber auch hier ist meistens der Unternehmer einer anderen Ansicht und verlangt von Menschen und Tier oft Leistungen, die tatsächlich zur Tier- und Menschenquälerei gehören. Wenn die „Hallesche Zeitung" ein so barmherziges Herz hat, dann setzt sie sich vielleicht einmal dafür ein, daß erstens einmal den menschlichen Arbeitstieren eine menschenwürdige Existenz geschaffen wird und das zweitens die Mittel, die man für Polizeihunde, für Rennen und Pferdezucht auswirft, den ärmsten aller Armen zugute kommen. Wenn sie sich hierfür eingesetzt hat, dann kann sie auch ihre Barmherzigkeit zugunsten der Tiere überfließen lassen. So aber ist es nichts anderes als Heuchelei.

• Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Die Mitglieder werden ersucht, sich morgen an der Beerdigung des Genossen Max Bürger um 2½ Uhr auf dem Gertraudenfriedhof zu beteiligen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0006

Das vorläufige Volkszählungsergebnis

Das vorläufige Ergebnis der deutschen **Volkszählung** vom 16. Juni liegt nunmehr vor. Es wurden im heutigen Reichsgebiet (also **ohne** abgetrennte Gebiete und **auch ohne Saargebiet**) gezählt:

1925:	62 468 762
1919:	59 178 195
1910:	57 798 369

Das bedeutet, prozentual errechnet, folgende Steigerung:

	männlich	weiblich
1919/25:	7,11 Proz.	4,5 Proz.
1910/25:	5,9 Proz.	10,5 Proz.

Diese kleinen Zahlen können uns sehr viel sagen, wenn wir sie eingehend betrachten. Dabei fällt zuerst die unverhältnismäßig stärkere Steigerung der männlichen Einwohnerschaft gegenüber der weiblichen in den letzten sechs Jahren auf. Es ist zu beachten, daß hier einige Einheiten zugezählt werden mußten, die der Zählung von 1919 ferngeblieben waren. Das ist erstens die recht erhebliche Menge der nach Mitte 1919 zurückgekehrten Kriegsgefangenen; ferner macht sich die Zuwanderung Nichtgezählter aus ehemals deutschen Gebieten bemerkbar. Beide Einheiten setzen sich so gut wie ausschließlich aus männlichen Einwohnern zusammen. Die regelmäßig erscheinenden Ziffern der Bevölkerungsbewegung, unter ihnen besonders die Geburten- und Sterblichkeitsziffern, beweisen, daß diese Annahme richtig ist; denn das Vorkriegsverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Geburten ist — wenn auch die Absolutzahlen nach unten schwanken — gleich geblieben, wogegen die Sterblichkeit sich nach der männlichen Seite erhöht (Betriebsunfälle, Berufskrankheiten, Verwundungen aus dem Felde usw.)

Der Unterschied zwischen weiblicher und männlicher Bevölkerung ist eine in allen Ländern der Erde beobachtete Tatsache. Sie würde jetzt in Deutschland noch stärker in Erscheinung treten, wenn sich die erhöhte und das Durchschnittsalter verringernde Sterblichkeit nicht durch die bekannten Proletarierkrankheiten (Tuberkulose, Auszehrung, Kindbettkrankheiten usw.) in fast gleicher Stärke an das weibliche Geschlecht wenden würde.

Um abschließend über die stattgefundene Bevölkerungsbewegung zu urteilen, muß man erst die endgültigen Angaben über Alter, Beruf und Staatsangehörigkeit der Gezählten abwarten, die in einigen Monaten erscheinen werden. Bedenkt man, daß die vorläufige Zählung in drei Wochen beendet wurde, so muß man sagen, daß die zuständigen Stellen außerordentlich schnell gearbeitet haben; früher brauchte man zehn bis zwölf Wochen zur ersten Erfassung des vorliegenden Materials.

Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten

Das Arbeits- und Berufsamt teilt mit:

Am 16. Juli findet eine über das ganze Reich sich erstreckende amtliche Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten statt. Die Erhebung umfaßt alle Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts, die an diesem Stichtage ohne entgeltliche Beschäftigung irgendwelcher Art sind, und zwar nicht nur Angestellte im engeren Sinne, wie Kaufleute, Bureauangestellte (einschl. Lehrlinge), Techniker, Werkmeister und Werkstattschreiber, sondern Angestellte schlechthin, also insbesondere auch Angestellte in leitender Stellung, Bühnenmitglieder und Musiker, Angestellte in Berufen der Erziehung, des Unterrichts, der Fürsorge, der Kranken- und Wohlfahrtspflege, Schiffsbesatzung, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken.

Die Erhebung geschieht durch Ausfüllung von amtlichen Fragebogen, die vom 15. Juli an beim Arbeits- und Berufsamt der Stadt Halle, Salzgrafenstraße 2, am Hallmarkt, für die dort gemeldeten stellenlosen Angestellten (für männliche Angestellte im 1. Stock, Zimmer 2, für weibliche Angestellte im Erdgeschoß, Eingang I) kostenlos zu erhalten sind. Für nicht beim Arbeits- und Berufsamt gemeldete stellenlose Angestellte erfolgt die Ausgabe der Fragebogen durch den Angestelltenverband, dem der Betreffende angehört.

Eine allgemeine umfassende Beteiligung **aller zurzeit erwerbslosen** Angestellten liegt im **eigenen Interesse der Berufsangehörigen.** Deshalb ist es insbesondere auch nötig, daß die stellenlosen Angestellten sich an der Erhebung beteiligen, die bisher weder beim Arbeits- und Berufsamt gemeldet sind, noch einem Angestelltenverband angehören. Für diese werden die Vordrucke im Arbeits- und Berufsamt bereitgehalten.

Ferienaufenthalt für Kinder politischer Gefangener

Genossen auf dem Lande, die während der Ferien ein Kind für mindestens acht Tage in Pflege nehmen können, müssen sofort ihre Adresse dem Bezirksvorstand der „Roten Hilfe“ (Kurt Weise, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14) schicken.

Noch schmachten 7000 tapfere Proletarier **hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern.** Die Familien sind dadurch ihres Ernährers beraubt. Der „Roten Hilfe“ ist es nicht möglich, allen Kindern einen kurzen Ferienaufenthalt in ihren Kinderheimen zu gewähren. Um den Kindern die Möglichkeit zur Erholung zu schaffen, richtet der Bezirksvorstand der „Roten Hilfe“ die dringende Bitte an alle Werktätigen auf dem Lande, die es möglich machen können, ein Kind während der Schulferien kostenlos in Pflege zu nehmen. An die Werktätigen in den Städten appellieren wir, sich rege an den Sammlungen für Fahrgeld und sonstige Unkosten zu beteiligen. Es darf nicht eintreten, daß von den Geldern, welche zur Unterstützung der Familien gebraucht werden, nur ein Pfennig zur Ferienhilfe verwandt wird. Sammellisten sind zu haben im Bureau der „Roten Hilfe“.

Uebt Solidarität!

Bezirksvorstand der „Roten Hilfe“ Halle-Merseburg.

* **Volkspark.** Heute abend ¾8 Uhr findet das 9. Sommerkonzert, welches als Walzer- und Operetten-Abend gedacht ist, statt.

* **Proletarische Tribüne.** Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ Probe. **Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder und** Mitwirkenden wird erwartet.

* **Gefunden.** Rotes Frontkämpfer-Mitgliedsbuch. Gegen Ausweis des Bezirksführers, der den Verlust bescheinigt, abzuholen bei Mönnig, Torstraße 18 II.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Heute, Dienstag: Spielen auf der Peißnitz. **Mittwoch:** Lenin-Zirkel in der Jugendherberge, abends 8 Uhr. **Freitag: Mitgliederversammlung.** Jedes Mitglied hat zu erscheinen.

Aus der Provinz

Industrie- und Landproletariat

Verstärkt die Arbeit auf dem Lande!

Aus Merzdorf wird uns geschrieben:

Es ist doch zweifellos **komisch,** daß sich diese beiden **Kategorien nicht** zusammenfinden wollen, obwohl dies für beide Teile eine **unbedingte** Notwendigkeit ist. Wenn man nun eine **Parteiarbeit auf dem Lande** leisten will, so muß man erst einmal von unserem **Programm** durchdrungen sein, um eine Agitation speziell unter dem **Landproletariat** führen zu können. Nicht immer bietet sich Gelegenheit. **Aber** wenn man dabei ist und sieht, daß man Erfolg hat, dann erst recht **weiter arbeiten!**

So haben wir, in unserem Oertchen Merzdorf angefangen, erst einmal Zeitungen zu vertreiben, und zwar das „Einige Volk“. Wir hatten nun schon einen Erfolg, indem wir 30 Stück verkauften und sich eine große Anzahl Landwirte als ständige Abonnenten meldeten. Natürlich gehört eine eiserne Ruhe dazu, gerade die Kleinbauern mit Tatsachen zu überzeugen. Es ist kaum zu glauben, mit welchen Ideen sich diese Leute herumschleppen. Z. B.: Ein Pächter, welcher so halb abhängig ist von einem Baron v. Rochow, erklärte: **„Es ist ausgeschlossen, daß man sich um politische Sachen kümmern kann. Dieser Baron merkt sich die Leute genau und handelt bei der nächsten Verpachtung danach. Auch zur Wahl gehen wir nicht, weil er jeden kennt, der kommunistisch wählt.“** Also die große Furcht vor einem „herrschaftlichen“ Gedankenleser hält diese Leute zurück. Es ist schwer, mit denen unter einen Hut zu kommen.

Doch wie es in allen Sachen ist: **Aller Anfang ist schwer.** Wir als **Kommunisten** erkennen es als unsere Pflicht und Schuldigkeit, unter den Kleinbauern Aufklärung zu schaffen. **Der Kleinbauer muß verstehen lernen, in welche Front er gehört. Der Kleinbauer gehört in die Front der Unterdrückten. Es gibt in Deutschland nur eine Partei, welche die Interessenvertreterin der unterdrückten Massen ist und den Kampf rücksichtslos führt. Diese Partei ist die Kommunistische Partei. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Arbeiters und Kleinbauern, das Rückgrat der Kommunisten zu stärken. Hinein in die KPD.!**

„Was wird aus der Torgauer Kreis-Girokasse?“

Mit dieser Ueberschrift bringt das hallische „Volksblatt“ in Nr. 149 einen Bericht, welcher nichts Neues bringen kann, weil das meiste davon durch den Kreistag schon in die Oeffentlichkeit gelangt ist. Der sozialdemokratische Regierungspräsident Grützner hat im Kreistag erklärt: Eine strenge Untersuchung wird vorgenommen und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen. Doch könne nach Prüfung der Sache schon jetzt gesagt werden, daß eine strafbare Handlung nicht vorliege. Auch der Staatsanwalt hat jedenfalls dasselbe festgestellt, nachdem der gesamte Kreisausschuß Antrag dahingehend gestellt hatte. Daß der Artikelschreiber Wahlmache betreiben will, geht daraus hervor, daß er sagt, die Kreisverwaltung sei eine deutschnationale, nebenbei kommunistische Musterverwaltung. Wir erinnern den Berichterstatter daran, daß ein sozialdemokratisches Arbeiterratsmitglied Deumer mit dem nationalen Landrat Gereke nicht verhindern konnte, daß bei dem Verkauf von Schuhwerk unter Aufsicht der Kreisverwaltung und des Herrn Schreyer als kaufmännischem Berater ein sehr großer Fehlbetrag entstand.

Die im Bericht geforderte neue Kreisverwaltung würde ebenfalls vielleicht nicht besser arbeiten können, solange das kapitalistische System besteht. Auch dann nicht, wenn Sozialdemokraten daran beteiligt sein werden. War doch der pflichtvergessene Landrat Drews erst von Sozialdemokraten und seinen Geistesverwandten mit 5 Stimmen gewählt und gegen 7 Stimmen der Kommunisten von der sozialdemokratisch geleiteten Regierung bestätigt worden. Dr. Drews als Schützling der Sozial- und Demokraten hat es ebenfalls recht gut fertig gebracht, mit den Deutschnationalen die Kalamität der Sparkasse des Kreises herbeizuführen. Sozialdemokraten ermöglichten es, daß von dem kommunistischen Wahlvorschlag nicht einer zum Sparkassen-Kuratorium gewählt wurde zugunsten der Deutschnationalen. Nachdem der Kreisausschuß recht spät von den widersprechenden Revisionsberichten und den sehr vorsichtig gegebenen Enthüllungen Kenntnis hatte, haben unsere Genossen Herrn Feuerstein als Kreisdeputierten und Mitglied des Sparkassenvorstandes den Vorwurf gemacht, er müsse schon viel länger Kenntnis haben von den Vorgängen in der Sparkasse. Herr Feuerstein und das deutschnationale Kuratorium hüllten sich jedoch in Unwissenheit und sprachen von falsch eingesetzten Buchungen. Wenn das letztere zutrifft, was ein Laie nicht gut feststellen kann, so sind unsere Genossen nicht nur vom Landrat und dessen Anhang, sondern auch vom Regierungspräsidenten und den untersuchenden Instanzen getäuscht worden.

Die kommunistische Fraktion des Kreistages stimmte nicht für die Erhöhung der Kreissteuern zur Sanierung der Sparkasse, wohl aber die sozialdemokratischen Kreistagsmitglieder. Nach alledem kann man wohl richtiger von einer national-sozialdemokratischen Musterwirtschaft sprechen. Herr Schreyer ist wohl auch nicht als Vorstandsmitglied der Sparkasse ausgetreten, um der Mißwirtschaft entgegenzutreten; denn er hat doch bis dahin mitgemacht. Aus dem Bericht geht ferner noch hervor, daß der Berichterstatter eines jener Elemente ist, die zu den besser orientierten Persönlichkeiten gehören, welche in der Sparkassenverwaltung tätig waren. Fest steht, daß derartige Vorgänge wiederkehren werden, solange die Kreisbevölkerung festhält an der Wahl von Personen, welche das kapitalistische System pflegen, weil dadurch die Blutegelgelüste dieser Personen kein Ende nehmen werden.

Herrn Pfarrer Wend, Wittenberg, zur Antwort

auf sein Eingesandt in der „Wittenberger Zeitung“ vom 3. Juli ds. Js. gegen den „Klassenkampf“ vom 27. Juni

Pfarrer Wend stellt in seinem Eingesandt in der „Wittenberger Zeitung“ die kühne Behauptung auf, wir hätten die Rechtspflege und das Jugendamt in ein schlechtes Licht gestellt. An der deutschen Rechtspflege ist nichts schlecht zu machen; so brutal und rücksichtslos ist sie. Wenn Herr W. uns das nicht glaubt, so werden wir Beweise antreten, daß man **Eltern ihre Kinder von der Schule weg in die „Fürsorge“ gesteckt hat** — und diesen Eltern erst später Nachricht gegeben hat, wo sich ihr Kind befindet. Ob Sie das Kind selbst haben entführen, d. h. in „Erziehung“ bringen lassen wollen, spielt nur eine nebensächliche Rolle. Die Hauptsache bleibt doch wohl, **wer der Veranlasser ist.** Und in diesem Punkte sollten Sie wirklich nicht so kühn und irreführend arbeiten. Das mögen wohl Ihre Schäfchen und die befangenen Leser der bürgerlichen Presse glauben; **uns** und der Arbeiterschaft machen Sie solche Mätzchen **nicht** weiß.

Von Zeugen wird behauptet, daß Sie den Ausspruch **„Na, der Junge ist noch zu retten“,** doch getan haben. **Warum hat Lehrer May der Mutter bei der Abmeldung des Jungen von der katholischen Schule Schwierigkeiten gemacht?** Herr Wend ist sicher unschuldig! **Wer hat den Schuldiener nach dem Jungen geschickt? Wer hat nachmittags die zwei Sipoleute nach dem Jungen geschickt?** Ganz sicher Sie nicht, Herr Wend!! **Das hat wahrscheinlich der — „liebe** Gott“ veranlaßt. **Kein Mensch ist reiner, wie ein katholischer** Pfarrer — siehe den Sittlichkeitsapostel in Zschornewitz bei Gräfenhainichen, den man ein Jahr sechs Monate für seine hohe Mission ins Gefängnis stecken mußte.

Herr Wend behauptet, daß er in dem von uns Angeführten — und er wird es auch für alle anderen Fälle tun — völlig unschuldig sei. Etwas anderes hatten wir auch nicht erwartet; denn ein „Vertreter Gottes sagt nie die (Un)wahrheit! Wie liegt aber der Fall? **Haben Sie, Herr Wend, den Jungen nicht zum Beichten aufgefordert? Haben Sie nicht nach gewissen „Sünden“ gefragt? Weiter: Haben Sie den Jungen nicht in der Stadt angehalten und zur Rede gestellt, weshalb er nicht zum Beichten käme? Haben Sie nicht gesagt: „Deine Mutter und auch Du kommst fort?“** Sie behaupten, das Amtsgericht habe die „Fürsorge“ ausgesprochen.

In der Mitteilung des Amtsgerichts vom 4. 8. 23 heißt es:

„Auf Antrag des Geistlichen (welches?) wird beschlossen, den Jungen, da er sich nicht gebessert hat, in Fürsorge zu bringen.“

Wie man da noch den Mut findet zu Unschuldserklärungen in der Presse, ist einfach köstlich. Worin bestand die Nichtbesserung des Jungen? In der **Nichtteilnahme an der Beichte.** Das besagt alles. Allerdings trägt in diesem Fall auch der Bruder Schuld, der die Sache unterstützte.

Der Junge ist nicht erzogen, sondern hingemordet worden.

Vier Monate hat er gearbeitet, um dann nach drei Monate langer Krankheit an Blutsturz zu sterben. Hier heißt es: „Mit gefangen — mit gehangen!“ So liegen die Dinge und nicht anders. **Warum haben Sie, Herr Wend, den Dalicho, Wittenberg, Grünstr., in Erziehung bringen lassen?** Ueberhaupt möchten wir Sie einmal fragen: **Wie viele Kinder sind auf Ihren Antrag in Erziehung gebracht worden? In wie vielen Fällen haben Sie dadurch „Mutterglück zerstört, wo Sie doch angeblich Frieden bringen wollen?**

Wenn Sie nun noch den Mut finden und wiederum erklären, Sie seien unschuldig, dann werden wir noch andere Sachen der Oeffentlichkeit übergeben. Wir sind ja von den Vertretern der Kirchen im Punkt Erziehung gewöhnt, daß für diese ein Mensch bereits reif ist für die „Fürsorge“, wenn er sich weigert, noch länger den Schwindel der Pastoren zu glauben.

Es ist notwendig, daß die Arbeiterschaft in den **Fürsorgeausschüssen** vertreten ist, damit sie diese willkürlichen, nur von blindem Haß genährten Dinge unmöglich macht. Alle derartigen Fälle, alte und neue, müssen der KPD. gemeldet werden, damit dagegen eingeschritten werden kann.

Prozeß gegen den Massenmörder Angerstein

Haarmann, Denke, Angerstein: drei Produkte der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft. Drei typische Erscheinungen für den Grad der Verworfenheit dieser Gesellschaft. Haarmann wurde als Polizeispitzel benutzt und vom Staat bezahlt. Denke, der schlesische Haarmann, wurde in seiner ganzen Gegend als frommer Katholik geehrt und geachtet. Angerstein ist auch fromm und gar national. Außenseiter der Gesellschaft? Sie gehören zu ihr wie die Faust aufs Auge.

Als die Kunde von dem achtfachen Mord in Haiger an die Oeffentlichkeit drang, als nach Aussage des schwer verwundeten Angerstein angenommen wurde, eine Räuberbande habe diese Morde ausgeführt, schrie die bürgerliche Presse im Chor: Kommunistische Verbrecherbande! Es war keine kommunistische „Verbrecherbande“, sondern der fromme völkische Prokurist Angerstein hatte — um seine Unterschlagung von annähernd 30 000 Mark zu verbergen — alle in seinem Hause lebenden Verwandten und seine Angestellten ermordet. Gestern begann nun der Prozeß gegen ihn im Landgericht von Limburg vor einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft. Die Anklage lautet auf **Unterschlagung in Verbindung mit Urkundenfälschung, Mord in acht Fällen, Brandstiftung und Meineid.** Auf Vorhaltung des Vorsitzenden, daß er in der ersten Hälfte des Jahres 1924 annähernd 30 000 Mark unterschlagen hätte und dies durch gefälschte Quittungen zu verbergen suchte, antwortet Angerstein, er habe die Quittungen nicht gefälscht, um Fehlbeträge zu verschleiern, sondern um Belege zu schaffen für

Schmiergelder und Beamtenbestechung für seine Firma.

Dann beschäftigte man sich mit der Mordanklage. Als erstes Opfer fiel seine Frau, Käthe Angerstein. Weiter die Schwiegermutter, Witwe Barth, ferner das Dienstmädchen Minna Stoll, seine Schwägerin Ella Barth, zwei Bureaugehilfen und zwei Gärtnergehilfen. **Angersteins Frau war leidend.** Es wird ein Brief von ihr an Angerstein verlesen, in dem sie über ihren zu erwartenden Tod schreibt. Angerstein gibt im Laufe der Verhandlungen zu: „Ich habe dann meine Frau nicht mehr leiden sehen können, und den Entschluß gefaßt, mit meiner Frau zu sterben. Ich griff dann zum Revolver, der im Herrenzimmer im Schreibtisch lag. Diesen Revolver habe ich fast eine Stunde lang in der Tasche gehabt. Als ich aber losdrücken wollte, nahm mir meine Frau die Waffe fort. Ich lief in das Herrenzimmer zurück und holte einen Hirschfänger. Ich saß auf dem Bettrand und habe weiter gar nicht denken können. Ich hüllte dann die Waffe in ein Handtuch und hielt meiner Frau den Revolver an die Stirn, und da hat sie es gemerkt und nahm mir die Waffe fort. Als ich dann mit dem Hirschfänger zurückkam, lag meine Frau quer im Bett. Dann habe ich auf ihre rechte Seite mit dem Hirschfänger eingestochen.“

Nachdem er seine Frau ermordet hat, wollte er sich angeblich selbst erschießen. Aber seine beiden Revolver hätten nicht funktioniert. Sein Trommelrevolver wurde später auch ungeladen gefunden.

Ueber das Verhältnis zwischen seiner Schwiegermutter und ihm äußert sich Angerstein, sie sei nie gut zu seiner Frau gewesen und gibt dies als Grund für ihre Ermordung an. Sie habe zum Beispiel immer die Suppe anbrennen lassen. Das Dienstmädchen Minna Stoll will er aus demselben Grunde verfolgt haben. Auf dem Speicher, wohin sie sich vor ihm geflüchtet hatte, hat er sie dann mit dem Beil erschlagen. Am nächsten Morgen sei er aufgewacht und in sein Bureau gegangen. Den Bureaugehilfen Kiel hat er fortgeschickt. Den Gartenarbeiter Geis habe er in seine Wohnräume mitgenommen, und als er im Schlafzimmer die Leichen sah, habe er ihn mit dem Beil niedergeschlagen. Als dann Dittmar kam, der vor ihm ins Herrenzimmer flüchtete, schlug er auch diesen nieder.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Schachklub Halle. Resultat des **Kreiswettkampfes am Sonntag, dem** 5. Juli, in Naumburg: Halle gewann gegen Apolda mit 7 : 3. Die hallische Mannschaft, welche sich in guter Form befand, hat durch diesen Kampf bewiesen, daß sie sich doch noch zu den ersten Spielern im 8. Kreis zählen kann. Und wenn Witt und Badestein 2 ihre Partie am Anfang nicht so leichtsinnig gespielt hätten, dann mußte sich Apolda mit zwei Remispartien begnügen und Halle hätte doch noch den zweiten Platz belegt. So aber behielten die Apoldaer mit 2 Punkten Vorsprung denselben. Von der hallischen Mannschaft gewann der Bezirksmeister Badestein 1 am 1. Brett schon beim 12. Zuge durch Figurengewinn starke Ueberlegenheit und erdrückte seinen Gegner nach einigen Zügen. Der vorsichtige Detlmar am 2. Brett war seinem Gegner stark überlegen und gewann seine Partie durch Aufgeben derselben im 37. Zuge. Der opferfreudige Witt am 3. Brett kam schon am Anfang der Partie durch ein Läuferopfer stark in Nachteil. Aber durch geschicktes Spielen glich er denselben bald wieder aus; so daß er noch mit einem sicheren Remis rechnen konnte. Durch ein weiteres Springeropfer kam er aber wieder ins Hintertreffen und gab die Partie im 40. Zuge auf. Kretschmar am 4. Brett spielte glänzend und die Aufstellung seiner Figuren war musterhaft. Schon beim 12. Zuge konnte er die feindliche Königsstellung zertrümmern. Von hier an spielte er mit dem König seines Gegners, wie die Katze mit der Maus, und setzte ihn im 31. Zuge matt. Badestein 2 am 5. Brett spielte unvorsichtig; während er mit seinen Figuren vor der Königsstellung seines Gegners umherwurschtelte, wurde er in seiner Bauernstellung durch die zwei Läufer mattgesetzt. Krasemann am 6. Brett machte noch durch geschicktes Operieren mit seinem König Remis. Lange am 7. Brett spielte ebenfalls gut, aber sein Gegner machte ihm den Sieg nicht so leicht, so daß er ihn erst im 70. Zuge matt machen konnte. Krause und Seidel (Ersatz) am 8. und 9. Brett hielten sich ebenfalls gut. Ersterer konnte seinen Gegner bald erledigen, während Seidel erst durch Umwandlung eines Bauern zur Dame denselben erdrosseln konnte. Schoepe 2 (Ersatz) am letzten Brett konnte seine Partie auch gewinnen, aber durch Nichtannahme eines angebotenen Figurenabtausches (Springer und Läufer gegen Turm) konnte er nur noch ein Remis herausholen.

Achtung, Vereinsspielleiter! Die Städte-Elf, welche am **Mittwochabend 7 Uhr** auf dem Fichte-Platz gegen Giebichenstein (nicht, wie vorige Woche gemeldet, gegen Teutonia) spielt, hat folgende Aufstellung: Birke (Gröbers), Ketzing (Gröbers), Schmidt (Minerva), Dönitz (Gr[illegible]), Oehlmann (Gröbers), Winkler (Sportlust), O. Reuter (Fortuna), Schubert (Viktoria), Troll (Fortuna), Schöne (Gröbers), Mockwitz (Lettin). Jeder Spieler hat eine weiße Hose mitzubringen. **Schiedsrichter** Mergell. **Minerva** stellt zwei Linienrichter. — **Am Sonntag, dem 12. Juli,** morgens 9 Uhr, spielt in Wörmlitz Wörmlitz 1. gegen **Askania 1.,** Schiedsrichter Mergell (Minerva). — Auf dem Sportlust-Platze Sportlust 1. gegen Teutonia 1., Schiedsrichter Friedrich (Giebichenstein). — **Auf dem Fichte-Platz ASC. 1.** gegen Giebichenstein 1., Schiedsrichter O. Kotsch (Fortuna). **Jede Mannschaft** hat einen Ball mitzubringen. — Alle Vereine haben am Sonntag, **dem 12. Juli,** mittags ½1 Uhr auf dem Paradeplatz im Dreß, Jackett überm Arm, anzutreten zum Festzug, andernfalls 10 Mark Bestrafung. Alle **Mannschaften,** die am Serienspiel teilnehmen, müssen zum Festzug erscheinen. J. A.: Franz Pabst.

8. Kreis, 6. Bezirk. Bezirksfest. Die **Platzausschußmitglieder** treffen sich **am Mittwochabend** 8 Uhr auf dem Fichte-Platz zu einer Sitzung.

Glesien. **Raffballspiele am 28. Juni:** Glesien 1. gegen Schkeuditz 1. 6 : 5. Dem Lindenauer Schiedsrichter stellten sich zwei gleichwertige Mannschaften. Es wurde ein flottes, technisch gutes Raffballspiel von Anfang bis Ende gezeigt. Schkeuditz konnte die Führung an sich reißen, bis Halbzeit 3 : 1 für Schkeuditz. Nach Seitenwechsel ging das Spiel lebhaft weiter, Glesien findet sich besser zusammen und kann bald ausgleichen. Beim Stande von 6 : 5 für Glesien trennten sich beide Mannschaften. **Nur eins muß in Wegfall kommen:** Das unnütze Reden bei der Glesiener **Mannschaft.** Schiedsrichter leitete zufrieden. — **Rasberg 2. gegen Glesien 2. 6 : 4.** Glesien spielte mit nur neun Mann bis zur Halbzeit, wodurch sie im Nachteil waren. **Die Seiten wurden gewechselt mit 3 : 0 für Rasberg.** Nach Wiederanpfiff spielt Glesien vollzählig, was sie beweisen mit vier Toren. **Schluß 6 : 4 für** Rasberg. — Glesien 1. Jugend gegen Taucha 2. Jugend 6 : 3.

Sportsgenossen! **Werbt eifrig für den „Klassenkampf“**

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0007

Mieter, Wohnungsuchende, Siedler!
Kämpft gegen die Zölle!

Alle Baumaterialien: Steine, Zement, Holz, Dachschiefer, Backsteine werden durch die Zollvorlage der Regierung erheblich verteuert. Die Mehrheitsparteien haben im Ausschuß alle Anträge zur Streichung oder Minderung dieser Positionen brutal niedergestimmt! Das bedeutet eine gewaltige Steigerung der Baukosten, verschärfte Wohnungsnot, Raub an den Zehntausenden kleiner Siedler, Ausplünderung der Gemeinden durch die Baustoffindustrie!

Mieter, Wohnungsuchende, Siedler!
Heraus zum Massenprotest gegen die Schutzzölle der Regierung!

Was Du wissen mußt

Autonome Zölle

sind solche, welche für alle Länder gelten, mit welchen **keine besonderen Verträge** über die Zölle abgeschlossen sind. Es sind also immer die Zollsätze, die in den Zollgesetzen der Länder stehen. Angenommen z. B. ein Stahlzoll von 50 Mk. pro Tonne ist gesetzlich festgelegt, so ist das der autonome Zoll, d. h. der Zoll, der ohne weiteres für jedes Land gilt. Wenn aber mit z. B. England ein Stahlzoll von 30 Mk. durch **Handelsvertrag** abgeschlossen ist, so gilt der sogenannte autonome Zoll nicht mehr, sondern eben der

Vertragszoll.

Wenn aber im Zollgesetz des Landes der Regierung **verboten ist**, in den Handelsverträgen mit anderen Ländern unter einen bestimmten Zollsatz heruntezugehen, so heißt dieser Zollsatz

Mindestzoll.

Wenn gar keine bestimmten Sätze für die Zölle vorgesehen sind, sondern sich diese Zollsätze mit den Preisen ändern, nennt man das

gleitende Zölle.

Wenn ein Zoll nur dann in Kraft tritt, wenn die Preise (z. B. für Getreide) unter einen bestimmten Stand heruntersinken, nennt man das

Bereitschaftszoll.

„Schutz" gesetze gegen die proletarische Jugend

Die Reichsregierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf unterbreitet, der den Titel trägt **„Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten"**. Nach diesem Gesetz soll es Jugendlichen unter 18 Jahren verboten werden, Schaustellungen jeder Art — Kino, Theater usw. — zu besuchen. Den Ortspolizeibehörden wird es in die Hand gegeben, nach freiem Belieben und Ermessen der Jugend den Besuch von Vorstellungen zu verbieten. Ganz offensichlich wendet sich dieses Gesetz gegen die proletarische Jugend. Die Regierung aber bringt es fertig, dieses Gesetz mit der Verwahrlosung und Verwilderung die unter der Jugend Platz gegriffen haben soll, zu begründen.

Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs in der Sonnabendsitzung des Reichstags erklärte Genossin Arendsee, daß in erster Linie von einer Verwilderung und Verwahrlosung bei den Lustbarkeiten zu sprechen sei. Damit aber, daß man gegen diese Gefahrenquelle nicht vorgehe, kennzeichnet man die heutige Gesellschaft. Daran, daß um des Profites willen an die niedrigsten Instinkte appelliert wird, soll nichts geändert werden. Die Heuchelei der bürgerlichen Parteien hat sich auch bei der Abstimmung über die kommunistischen Anträge für das **Verbot der Verwendung von Lebensmitteln zu Alkoholzwecken traß gezeigt.** Die skandalösen Wohnungsverhältnisse sind mit eine Quelle für die Schädigung der arbeitenden Jugend, aber diese Zustände beseitigen Sie nicht. Im Gegenteil, die Löhne, insbesondere der jugendlichen Arbeiter, werden immer mehr gedrückt. Als wir einen dreiwöchigen Urlaub für die Jugendlichen forderten, haben alle bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, erklärt, es müsse erst untersucht werden, ob das für die Wirtschaft tragbar sei (Hört! Hört! h. d. Komm.).

Genossin Arendsee geht dann auf die Anträge der Kommunisten ein, die das **Verbot jeder Arbeit von Kindern unter 14 Jahren** fordern und die Arbeitszeit **für Jugendliche auf 6 Stunden** beschränkt wissen wollen.

Genossin Arendsee wendet sich dann dagegen, daß **alle** Darbietungen unter Kontrolle der Behörden gestellt werden sollen. Das wendet sich gegen die Veranstaltungen der proletarischen Jugend mit der Kommunistischen Partei.

Wir weisen ganz entschieden zurück, daß mit diesen Gesetzen irgendein Schutz für die proletarische Jugend geschaffen wird, sondern stellen im Gegenteil fest, daß damit die Entwicklung der aufstrebenden Arbeiterjugend behindert werden soll. (Bravo h. d. Komm.)

Arbeitswoche bis 66 Stunden

Eine Umfrage der Unternehmer

In einem vertraulichen Rundschreiben des Zentralverbandes der deutschen Metallwalzwerk- und Hütteninduistrie (Sitz Köln) wird von dem Ergebnis einer Umfrage über die Arbeitszeit Mitteilung gemacht. Geantwortet haben 45 Mitglieder des Unternehmerverbandes und daraus ergibt sich nach dem Rundschreiben:

Die 48stündige Arbeitszeit wird **nur bei sieben Werken** angewandt, die sich auf Mittel-, Süd- und Norddeutschland gleichmäßig verteilen. Ein Werk schreibt uns, **daß ein Abgehen von der 48stündigen Arbeitszeit bei den Arbeitern auf Schwierigkeiten stoßen würde. Auf Grund von Tarifverträgen** können aber bei diesen Mitgliedern teilweise höhere Arbeitszeiten verlangt werden, und es werden in Ausnahmefällen bei Bedarf auch **tatsächlich 9 Stunden oder 10 Stunden gearbeitet.**

Bei einem süddeutschen Werk ist die Arbeitszeit auf 53 Wochenstunden festgesetzt. **Bei den meisten Mitgliedern (19) wird 54 Stunden gearbeitet.** Es handelt sich hier um 3 westfälische, 4 rheinische, 4 süddeutsche und 8 mitteldeutsche Werke. **Dabei wird allerdings bei einfacher Schicht teilweise mehr gearbeitet.** Bei verschiedenen Werken ist für die Gießerei- und Glühereibetriebe eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden gebräuchlich, während ein süddeutsches Werk mitteilt, daß in seiner Gießerei **mehr als 54 Stunden gearbeitet** wird. Bei einem rheinischen Werk wird in einfacher wie in der Doppelschicht **55 Stunden**, bei 12 anderen Mitgliedern, hauptsächlich aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk, 56 bzw. 57 Stunden gearbeitet. Diese Arbeitszeit gilt meist sowohl für die einfache wie auch für die Doppelschicht. Dabei wird von zwei westfälischen Mitgliedern berichtet, daß zurzeit Verhandlungen über eine neue Regelung im Gange seien.

Mehr als 57 Stunden wird bei 4 Mitgliedern gearbeitet, und zwar in einem Falle 57½, in einem anderen 58, bei einem dritten Werk 60 Stunden. Bei einem vierten Mitglied beträgt die **Arbeitszeit für die Wechselschicht 66 Stunden**, während in einfacher Schicht 56 Stunden gearbeitet wird.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich für die Metallhalbzeugindustrie im allgemeinen eine Arbeitszeit von 54 bis 56 Wochenstunden.

Wir möchten diejenigen Mitglieder, die uns bisher über die Regelung der Arbeitszeit noch nichts mitgeteilt haben, bitten, dies baldigst nachzuholen, damit wir für die kommenden Verhandlungen zur Neuregelung der Arbeitszeit möglichst vollständiges Material besitzen.

Hochachtungsvoll

Zentralverband der deutschen Metallwalzwerk- und Hüttenindustrie. E. V.

ZV. (gez.): Dr. Huppertz. (gez.): Dr. Warncke.

Daraus geht hervor, daß der Achtstundentag praktisch in keinem der Betriebe besteht. Auch in den anfangs erwähnten sieben Betrieben wird „in Ausnahmefällen", d. h. meist 9 und 10 Stunden gearbeitet. In etwa 40 Prozent der Betriebe wird „9 Stunden, bei einfacher Schicht teilweise mehr" gearbeitet. Aus dem Rundschreiben erfsieht man gerade, daß durchschnittlich 10 Stunden täglich geschuftet wird und häufig darüber hinaus bis 66 Stunden, d. i. mehr als 11 Stunden täglich!

Dieses Rundschreiben, daß im „Vorwärts" veröffentlicht wird, beklagt der Sozialdemokratie, die den Achtstundentag beseitigen half, ins Gesicht, es schlägt auch der Feststellung der ADGB.-Führer ins Gesicht, nach deren „Erhebung" im Mai 1924 in 54 (7 Prozent) der Betriebe und im November 1924 „nur noch" in 45 (5 Prozent) der Achtstundentag bestand.

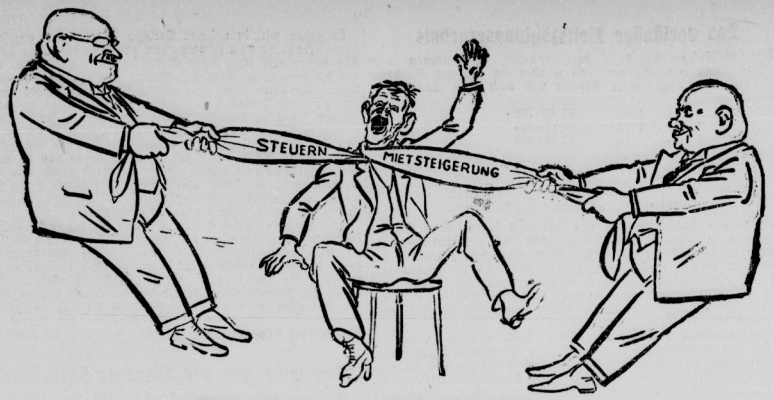
Eine Stelle im Rundschreiben ist besonders lehrreich für die Arbeiter. Wo von den sieben Betrieben die Rede ist, in denen zwar „ausnahmsweise" mehr als 8 Stunden gearbeitet wird, aber eine restlose Abschaffung des Achtstundentages nicht erfolgt, weil das „bei den Arbeitern auf Schwierigkeiten stoßen würde". Das ist die Lehre fürs Proletariat: Die Arbeiter können den Achtstundentag haben, wenn sie der Mehrheit **„Schwierigkeiten machen"**, wenn sie gegen die barbarisch lange Arbeitszeit, für den Achtstundentag, ernstlich und energisch kämpfen.

Achtung, Versammlungsleiter!

Resolutionen, die in Versammlungen gegen die Zollvorlage angenommen werden, sind nicht nur an die Zeitung zu senden, sondern müssen auch in je einem Exemplar an das

Bureau des Reichstages und an die kommunistische Reichstagsfraktion

gesandt werden.



Wehrt Euch gegen diese Erdrosselung!

Gebietet den politischen Justizmorden in Bulgarien Einhalt!

Aufruf an alle Kulturmenschen

Zum Protest gegen die Greuel, die sich in Bulgarien unter dem Deckmantel politischer Prozesse abspielen, hat sich in Wien ein Komitee gebildet, das sich in dem folgenden Aufruf: **„An alle Kulturmenschen"** wendet. Das Komitee hat sich weiter die Aufgabe gestellt, die Kinder der Verfolgten nach Kräften zu unterstützen (aus Amerika sind bereits Gelder für diesen Zweck eingetroffen). Der Aufruf ist unterzeichnet von der **„Vereinigung sozialistischer Hochschullehrer Wiens"**, von der **„Vereinigung sozialistischer Rechtsanwälte"**, von der **„Republikanischen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsopfer"**, von der **„Ethischen Gemeinde"**, vom **„Bund der Kriegsdienstgegner Oesterreichs"** und von der **„Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit"**. Weiter hat eine ganze Reihe von Intellektuellen (Henri Barbusse, Professor Dr. Max Adler usw.) den Aufruf unterzeichnet, der folgendermaßen lautet:

„Was gegenwärtig in Bulgarien vorgeht, steht in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel da und ist geeignet, in jedem fühlenden Menschen Entsetzen zu erwecken. Nach den tausenden politischen Morden ohne Gerichtsverfahren und ohne Urteile werden jetzt unter dem Vorwande eines Gerichtsverfahrens **Hunderte und aber Hunderte von Justizmorden begangen.** Die **Kriegsgerichte** arbeiten fieberhaft. Nicht nur für politische Ueberzeugung und Ideenpropaganda wird man mit dem Tode bestraft! Unter den gleichen Paragraphen fällt selbst die Hilfe, die man den Verfolgten oder ihren Kindern zuteil werden läßt. Daß der Vater dem Sohne, der Bruder seinem Bruder nicht helfen darf, ist ein in der Geschichte bisher neues Faktum. Das Entsetzen steigert sich zum Grauen, wenn man liest, daß vor der unerfahrenen Jugend nicht Halt gemacht wird. **Jugendliche, meist Studenten, Schüler und Schülerinnen, werden vor Gericht geschleppt, viele von ihnen zum Tode verurteilt,** für Delikte, die sie nicht einmal begreifen. Die beklagenswerte Torheit Bulgariens, seine geistigen Arbeiter — um solche handelt es sich meistens, wie **Schriftsteller, Rechtsanwälte, Professoren, Lehrer, Abgeordnete, Aerzte, Priester** — umbringen zu lassen, rächt sich zugleich an ganz Unschuldigen. Die alten Eltern, die kleinen Kinder der Ermordeten sind ihrer Beschützer und Ernährer beraubt. Wir dürfen uns mit der Tatsache, daß es politische Massenjustizmorde immer gegeben hat, keinesfalls beruhigen lassen. Endlich einmal muß die mißhandelte, aus tausend Wunden blutende Menschheit Alarm schlagen und sich gegen diese Blindheit, Grausamkeit und Sinnlosigkeit wehren, sie komme, von welcher Seite sie mag. **Wir rufen die ganze zivilisierte Welt auf,** ihren Abscheu vor dem wahnsinnigen Treiben des jetzigen bulgarischen Regimes Ausdruck zu geben und mit aller Macht zu verlangen: Die Schande aus der Welt zu schaffen und zugleich diesem armen, blutgetränkten Lande Frieden und Fortschritt zu geben!

Schluß mit den politischen Justizmorden!

Sofortige weitgehende politische Amnestie!"

Macdonald über die Einheit der Gewerkschaften

Von **George Hardy** (London)

In einem **Offenen Briefe an J. Ramsay Macdonald,** der in einer kürzlichen Ausgabe des Zentralorgans der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner veröffentlicht wurde, versuchen die Sozialdemokraten wieder, mit kleinlichen Mitteln der Sache der internationalen Gewerkschaftseinheit Hindernisse in den Weg zu legen. Man wendet sich an Macdonald um Beistand bei der Schaffung einer Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse der deutschen Eisenbahner.

Macdonalds „Osterbotschaft" hatte darauf hingezielt, die Arbeiterschaft vom Werke der Englisch-Russischen Einheitskommission **abzulenken.** Er hatte sich zugunsten der Einheit der englischen und der deutschen Arbeiter und für den Ausschluß der russischen Gewerkschaften ausgesprochen. Die **Minderheitsbewegung innerhalb der britischen Gewerkschaften** hatte diese „Osterbotschaft" an den Pranger gestellt, nicht, weil die Minderheitsbewegung wünscht, sich der Einheit zwischen den deutschen und den englischen Arbeitern zu widersetzen (diese Einheit ist ihr ein Bedürfnis), sondern weil die Botschaft als ein politischer Winkelzug gegen die vollständige internationale Einheit der Arbeiterklasse gedacht war. Sie war darauf gerichtet, die russischen Gewerkschaften dem Internationalen Gewerkschaftsbund fernzuhalten, um die Antimerksamkeit von den Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften der Sowjetunion und Großbritanniens abzulenken.

Wir haben für die Richtigkeit unseres Urteils jetzt Beweise, denn in diesem Offenen Briefe wird Macdonald aufgefordert, diese Frage als eine Frage von größter Wichtigkeit für den Wohlstand der Arbeiter anzusehen, ja, als wichtiger als die Frage der Beziehungen zu den Gewerkschaften der Sowjetunion.

Die Sozialdemokraten sind für die Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter verantwortlich, denn sie haben dazu beigetragen, die deutschen Arbeiter wieder in die Betriebe zu jagen, so oft sie versuchten, ihr elendes Los im Jahre 1923 zu erleichtern. In vielen Fällen gaben sie den Truppen den Auftrag zu schießen, und diese töteten Hunderte von Arbeitern. Jetzt schützen sie die gleichen Verhältnisse vor, für die sie verantwortlich sind, um die ganze internationale Arbeiterbewegung anzugreifen. Wenn das Erfolg hätte, würde es die Arbeiter in jedem Lande schwächen und weiteren Angriffen aussetzen und die internationale Einführung der Verhältnisse, die durch den **Dawes-Plan** geschaffen sind, zum Ergebnis haben. Es war die **Macdonald-Regierung,** unterstützt von den Sozialdemokraten im Deutschen Reichstage, die die Durchführung des Dawes-Planes unterstützte und förderte.

In dem Offenen Briefe wird weiter verlangt, daß **an Stelle einer britischen Delegation,** die zuerst mit der Amsterdamer Internationale und den deutschen Gewerkschaften zu verhandeln hätte, was, wie es im Offenen Briefe heißt, sicherlich zu lange dauern würde, **lieber ein Vertreter von Macdonald,** der mit allen Fragen wirtschaftlicher Natur vertraut sein müsse, zusammen mit Vertretern der britischen Eisenbahnergewerkschaften so schnell wie möglich nach Deutschland komme. **Dazu sei die kräftigste Beihilfe von Macdonald und seiner Freunde nötig.**

Brauchen wir noch mehr Beweise für die Methoden, die da in Anwendung gebracht werden, um von der Bewegung für die wirkliche internationale Gewerkschaftseinheit abzulenken und diese Bewegung überhaupt scheitern zu lassen?

Wenn die deutschen Eisenbahner-Gewerkschaftsbureaukraten wirklich um tatkräftige Beihilfe ängstlich bemüht sind, warum wenden sie sich nicht an den britischen Gewerkschaftsrat, durch dessen Generalrat, und lassen A. A. Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, zusammen mit dem Generalrat für eine internationale Konferenz sorgen, die die Wirkungen des Dawes-Planes und die Mittel zur Abhilfe erörtert?

Warum regen sie diese separatistische Politik an? Wohl deshalb, weil sie zu der Politik unseres Generalrates, der für den Anschluß der „bolschewistischen" Gewerkschaften an die internationale Gewerkschaftsbewegung arbeitet, **kein Zutrauen haben.**

Die deutschen Eisenbahner sollten, statt sich um eine reformistische Kommission zu bemühen, daran arbeiten, zu einer **alles umfassenden internationalen Gewerkschaftsbewegung zu gelangen,** dann wird es möglich sein, durch internationale Solidarität der Ausbeutung der Arbeiterklasse in allen Ländern ein Ende zu machen. **Die deutschen Eisenbahner bedürfen auch der Hilfe der russischen Gewerkschaften, denn diese sind infolge ihrer revolutionären Errungenschaften mächtiger als sie.**

*

Jeder Arbeiter kann auf Grund dieser Tatsachen erkennen, wie die **Reformisten im internationalen Maßstab zusammenarbeiten,** um die gewerkschaftliche Einheitsfront der Arbeiter aller Länder zu **sabotieren.**

Die klassenbewußten Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen **und noch viel mehr als heute** sich für die internationale Gewerkschaftseinheit einsetzen.

Jeder Metallarbeiter tut das am besten, wenn er am 12. Juli die Liste B wählt.

Russische Gewerkschaftsdelegation nach China

Moskau. Auf die Einladung der chinesischen Gewerkschaftsföderation beschloß der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjet-Union, eine dreigliedrige Delegation unter Führung des Vertreters des Zentralkomitees der Metallarbeitergewerkschaft, Lepse, nach China zu entsenden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250707-14/fragment/page=0008